

zentralasien- analysen



www.laender-analysen.de/zentralasien

GRENZÜBERSCHREITENDE REPRESSIONEN GEGEN TADSCHIKISCHE EXILANTEN PRÄSIDENTENWAHL IN KIRGISTAN

■ ANALYSE

Grenzüberschreitende Repressionen gegen tadschikische Exilanten im Zeitalter des globalen Autoritarismus. Ergebnisse aus der Central Asia Political Exile Database (CAPE)
Von Saipira Furstenberg und John Heathershaw (Exeter)
sowie Edward Lemon (New York)

2

■ DOKUMENTATION

Kirgistan ist anders?
Anmerkungen zur Präsidentenwahl am 15. Oktober 2017

6

■ CHRONIK

23. September – 20. Oktober 2017

11

Kasachstan

11

Kirgistan

13

Tadschikistan

16

Turkmenistan

18

Usbekistan

19

Grenzüberschreitende Repressionen gegen tadschikische Exilanten im Zeitalter des globalen Autoritarismus. Ergebnisse aus der Central Asia Political Exile Database (CAPE)

Von Saipira Furstenberg und John Heathershaw (Exeter) sowie Edward Lemon (New York)

Zusammenfassung

Nach dem Verbot der Partei der Islamischen Wiedergeburt (PIWT), der führenden Oppositionspartei Tadschikistans, im Jahr 2015 sowie der verbreiteten Unterdrückung kritischer Stimmen sind Hunderte Bürger aus dem Land geflohen und haben in der Europäischen Union um Asyl nachgesucht. Die Regierung in Duschanbe arbeitet mit ihren Verbündeten, beispielsweise Russland oder der Türkei, zusammen, wenn es darum geht, Aktivisten festzunehmen und diese nach Tadschikistan zurückzuholen. Beim Zugriff auf tadschikische Exilanten in der EU verfügt die tadschikische Regierung allerdings über weniger Optionen. Angesichts dieser Einschränkungen versucht das Regime in Tadschikistan in zunehmendem Maße, Dissidenten im Ausland zum Schweigen zu bringen, indem sie ihre Familienangehörigen ins Visier nimmt und bedroht. Sie werden öffentlich gedemütigt, festgenommen, ihre Pässe werden eingezogen und ihr Besitz beschlagnahmt. Angesichts dieser Situation sollten ausländische Regierungen den Druck auf das Regime in Tadschikistan erhöhen, um diesen Menschenrechtsverletzungen Einhalt zu gebieten. Die Mitgliedsstaaten der EU sollten Exilanten aus Tadschikistan und deren Familienangehörigen Asyl gewähren.

Abgelegene und abgeschottete autoritäre Regime scheinen zunehmend in Globalisierungsprozesse eingebunden zu sein. Es wird weithin angenommen, dass die Globalisierung autoritäre Herrschaft untergräbt. Die Entwicklung der Kommunikationstechnologien, des Informationswesens und des internationalen Finanzverkehrs stärkt die politischen Diasporen und versetzt sie in die Lage, gesellschaftlichen Wandel in ihren Heimatländern anzustoßen. Darüber hinaus ermöglicht diese Entwicklung ihnen, Instrumente zu entwickeln, um eine Politik autoritärer Kontrolle und Repression zu umgehen und ihr entgegen zu wirken. Die soziale Mobilisierung für die Proteste des Arabischen Frühlings hat gezeigt, dass Emigranten in der Lage sind, die Regierung in ihrem Herkunftsland herauszufordern. Unter diesen Umständen werden Diaspora-Gemeinschaften von autoritären Staaten als potentielle Bedrohung für das herrschende Regime gesehen.

Es sollte daher nicht überraschen, dass autoritäre Regime immer wieder versuchen, ihre repressiven Maßnahmen auf ihre im Ausland lebenden Staatsangehörigen auszuweiten. Dies ist ein asymmetrischer Kampf, der zunehmend das politische Vorgehen autokratischer Machthaber bestimmt. In ihrem neuen Buch »Dictators without Borders« (Diktatoren ohne Grenzen) führen Alexander Cooley und John Heathershaw an, dass in Zentralasien »Innenpolitik« gleichermaßen außerhalb wie innerhalb der Landesgrenzen des autoritären Regimes stattfindet. Beispiele gibt es genug. Zuletzt wurde im September 2017 auf dem jährlichen Human Dimension Implementation Meeting der OSZE in Warschau festgestellt, dass Oppositionspolitiker im Ausland weiterhin in Gefahr sind. So berichteten Mitglieder der Partei der Isla-

mischen Wiedergeburt (PIWT) und andere Aktivisten, die auf dem Treffen in Warschau sprachen, dass ihre Verwandten zuhause festgenommen und inhaftiert würden.

Die Datenbank Central Asian Political Exiles (CAPE) an der Fakultät für Politikwissenschaft der University of Exeter untersucht die extraterritorialen Maßnahmen der Sicherheitsorgane der fünf zentralasiatischen Staaten, wie auch die Menschenrechtsverletzungen und -probleme, denen sich Zentralasiaten im Exil und Oppositionsbewegungen im Ausland gegenübersehen. Die Daten der CAPE bieten ein beispielloses Instrument zur Analyse der exterritorialen Sicherheitsmaßnahmen, die die zentralasiatischen Staaten seit 1990 bis heute gegen Dissidenten im Ausland einsetzen. Die Datenbank unterscheidet vier Kategorien politischer Exilanten, die im Zusammenhang mit Zentralasien zu beobachten sind: 1) ehemalige Angehörige des Regimes und deren Familienghörige; 2) Mitglieder oppositioneller Parteien und Bewegungen; 3) Geistliche, denen die Tätigkeit verboten wurde und angebliche religiöse Extremisten, die Organisationen vertreten, die von ihren Heimatregierungen verboten wurden und 4) unabhängige Journalisten, Wissenschaftler und Aktivisten der Zivilgesellschaft. Des Weiteren zeigt die CAPE-Datenbank die Sicherheitsmaßnahmen jenseits der Landesgrenzen auf, mit denen die zentralasiatischen Regierungen gegen diese Exilanten vorgehen. Eine Untersuchung der aus der Datenbank hervorgehenden Vorgehensmuster erlaubt wichtige Erkenntnisse über die Beziehungen zwischen autoritären Nationalstaaten und im Ausland lebenden Dissidenten. Im vorliegenden Beitrag sollen diese Erkenntnisse am Beispiel Tadschikistan illustriert werden. Zwar setzen viele zen-

tralasiatische Staaten extraterritoriale Sicherheitsmethoden ein, um politischen Aktivisten im Exil zu verfolgen, doch hat gerade Tadschikistan eine ausnehmend aggressive Kampagne betrieben, um die Opposition im Ausland zum Schweigen zu bringen. Dieses erbarmungslose Vorgehen gegen die Opposition erfuhr im Jahr 2015 mit dem Verbot der PIWT einen Höhepunkt. Im Rahmen des CAPE-Projektes haben wir 47 Fälle dokumentiert, in denen gegen Bürger Tadschikistans im Ausland vorgegangen wurde. Darüber hinaus haben wir Leitfadenterviews mit tadschikischen Aktivisten im europäischen Exil geführt. Die Analyse dieser Daten vermittelt einen guten Einblick in die Sicherheitsmethoden, die von der tadschikischen Regierung eingesetzt werden.

Der Menschenrechtskontext in Tadschikistan

Nachdem er im November 1992, auf dem Höhepunkt des Bürgerkrieges, von einer Koalition von Warlords an die Macht gebracht worden war, hat Präsident Emomali Rachmon schrittweise seine Rivalen ausmanövriert und allmählich seine Position als despotischer Führer konsolidiert. Der tadschikische Staat hat jegliche Form von Opposition, die es wagte, die Autorität des Regimes in Frage zu stellen, unterdrückt. In den vergangenen drei Jahren hat sich die Lage der Menschenrechte im Land rasch und dramatisch verschlechtert. Nach der Niederlage bei den manipulierten Wahlen im März 2015 wurde Tadschikistans führende Oppositionspartei PIWT beschuldigt, im September 2015 einen »Staatsstreich« geplant zu haben; sie wurde als Terrororganisation eingestuft. Die Regierung ließ Internetseiten sperren, Journalisten sahen sich zur Selbstzensur gezwungen. Eine Reihe von Menschenrechtsanwälten, die politische Häftlinge verteidigt hatten, sind aufgrund manipulierter Anklagen wegen Betrugs ins Gefängnis gewandert.

Weil sie um ihre Sicherheit fürchten, sind viele ehemalige Angehörige des Regimes, Journalisten, gläubige Muslime und Mitglieder der politischen Opposition aus dem Land geflohen. Zwar sind viele von ihnen direkt nach Russland oder in die Türkei gereist, weil es dorthin Direktflüge gibt und eine visafreie Einreise möglich ist, doch können diese Länder für politische Flüchtlinge aus Zentralasien nicht mehr als sicher gelten. Daher haben viele von ihnen in der Europäischen Union um Asyl nachgesucht. Im Jahr 2016 haben beispielsweise 830 tadschikische Staatsangehörige in Polen Asyl beantragt; 2014 waren es nur 105 gewesen. Tadschiken stellen die zweitgrößte Gruppe unter den Asylbewerbern in Polen. Seit Tadschiken visumfrei nach Russland und Belarus einreisen können, ist Polen das nächstgelegene EU-Land, an das sich diejenigen wenden, die den Schutz des internationalen Flüchtlingsrechts und des Rechts auf Asyl suchen. Die meisten versuchen, die Grenze nahe der polnischen Stadt

Terespol an der belarussischen Grenze zu überqueren, die aus Moskau oder Minsk leicht per Zug zu erreichen ist.

Auch in Deutschland, Österreich, der Tschechischen Republik und in Litauen sind tadschikische Exilantengruppen entstanden. Die tadschikische Regierung hat diese Personen auch nachdem sie das Land verlassen haben weiterhin im Visier.

Extraterritoriales Vorgehen der Sicherheitsdienste

Bis Anfang 2016 sind von uns 47 Fälle dokumentiert worden, in denen tadschikische Staatsangehörige im Ausland ins Visier genommen wurden. Die Zahl ist seither drastisch gestiegen.

Das Vorgehen der Regierung gegen diese Exilanten erfolgt in drei Phasen. Zunächst erhalten sie eine »Verwarnung«, es werden informelle Maßnahmen ergriffen – zur Einschüchterung und Drohung –, und sie werden über Interpol und regionale Zusammenschlüsse wie die SCO international zur Fahndung ausgeschrieben. In der zweiten Phase werden Exilanten außerhalb Tadschikistans durch Sicherheitsbehörden festgenommen und inhaftiert. Schließlich werden sie gewaltsam in ihr Heimatland überstellt. Oder sie werden angegriffen und umgebracht, wie in dem aufsehenerregenden Fall des Oppositionsführers und Leiters der Gruppe 24, Umarali Kuwwatow, der 2015 in Istanbul erschossen wurde.

Diese Fälle der »Phase drei« mit 14 registrierten Fällen in der Ausgabe der Datenbank von 2016 (12 in Russland und zwei in der Türkei) erregen natürlich das größte öffentliche Aufsehen. In der Europäischen Union ist ein Erfolg von Maßnahmen der Phasen zwei und drei weniger wahrscheinlich. Allerdings sind hier mindestens zwei Oppositionelle vorübergehend festgenommen worden. Grundlage waren von Tadschikistan beantragte Interpol-Haftbefehle für das Gebiet der EU. Beide wurden jedoch wieder freigelassen, weil man befürchtete, dass sie nach einer Überstellung nach Tadschikistan Misshandlungen ausgesetzt sein würden.

Angesichts solcher Barrieren haben die Sicherheitsdienste sich auf Maßnahmen der Phase eins verlegt, indem sie Exilanten und deren Familien regelmäßig drangsalieren und einschüchtern. Unsere laufenden Untersuchungen legen nahe, dass Drangsalierung und Einschüchterung deshalb bei vielen Emigranten Wirkung zeigen, weil ihre Angehörigen in der Heimat glaubhaft bedroht werden. Es gibt mindestens 50 öffentlich dokumentierte Fälle von tadschikischen Staatsangehörigen, gegen die im Ausland vorgegangen wurde, doch scheint das nur die Spitze des Eisbergs zu sein. Hunderte Familienangehörige hatten wegen der politischen Betätigung der Exilanten unter Repressionen zu leiden. Dieses Vorgehen zielt darauf ab, die Exilanten zu einer Rückkehr zu zwingen,

damit sie sich einem Gerichtsverfahren stellen, oder sie dazu zu nötigen, ihre politische Betätigung einzustellen.

Ein derartiges Vorgehen ist bei zentralasiatischen Sicherheitsdiensten seit Langem übliche Praxis. Doch scheint der Druck in den letzten Jahren in Tadschikistan intensiver geworden zu sein, wie eine Reihe von Berichten von »Human Rights Watch« deutlich macht.

Bei dem Versuch, Druck auf Verwandte von Tadschiken im politischen Exil auszuüben, greift die Regierung auf verschiedene Taktiken zurück, beispielsweise willkürliche Verhaftungen, Drohungen, Demütigungen und Konfiszierung von Pässen und Eigentum. Dabei spielen Demütigungen zur Ausübung psychischen Drucks auf Familienangehörige eine zentrale Rolle. Die Behörden erinnern die Bürger ihres Landes oft an die »Schande«, die die Emigranten über ihre Familien gebracht hätten. Im Vorfeld einer Konferenz der PIWT in Dortmund anlässlich des 20. Jahrestages der Beendigung des Bürgerkrieges zwangen die Behörden die Eltern von Gulbarg Saifowa, einer Verwandten des Parteiführers Muhiddin Kabiri, dazu, vor die Kamera zu treten und ihre Tochter sowie Kabiri zu verdammen.

Wie effektiv sind die staatlichen Repressionen?

Zu den staatlichen Repressionen gehört der Einsatz glaubwürdiger Drohungen und Einschüchterungen, um den Verfolgten die Kosten ihres Handelns zu verdeutlichen und bestimmte Tätigkeiten und/oder Vorstellungen, die die Staatsmacht herausfordern, abzuwenden. Anders gesagt: Repression ist dann effektiv, wenn sie unerwünschtes Verhalten verhindert. Das Material zu den tadschikischen Fällen lässt allerdings keine eindeutigen Schlüsse über die Wirksamkeit der Repressionen zu. In zwei Fällen sind tadschikische Staatsangehörige zurückgekehrt, nachdem ihre Familien bedroht worden waren. Die der Mitgliedschaft in der Gruppe 24 Verdächtigen Umedschon Solihow und Schersod Komilow kehrten Anfang 2015 nach Tadschikistan zurück und wurden zu 17,5 Jahren Gefängnis verurteilt. Farruh, ein in Moskau lebender Geschäftsmann und PIWT-Aktivist, trat Mitte 2015 aus der Partei aus, wenige Monate, bevor sie vom Obersten Gericht als Terrororganisation eingestuft wurde. Er nannte Druck auf seine in Tadschikistan lebende Familie als den Hauptgrund, warum er sich aus der Politik zurückgezogen hat. Er erinnert sich:

»Mein Bruder, der noch in Tadschikistan lebt, rief mich an. Er sagte, dass der Geheimdienst bei ihm war und ihm gesagt hat: »Dein Bruder ist ein Terrorist«. Er flehte mich an aufzuhören und meinte, ich sei selbstsüchtig, und dass »wir für deine Aktivitäten zahlen«. Meine Mutter ist krank und der Stress verschlimmerte ihren Zustand nur. Da beschloss ich, dass dies der Moment ist, meine Unterstützung für die Partei einzustellen.«

Es ist eindeutig, dass persönliche Bindungen zur Heimat die Autonomie und die Freiheiten der Exilanten beeinträchtigen. Während allerdings einige von ihnen derart eingeschüchtert wurden, dass sie sich aus der Politik zurückzogen, ließen sich die meisten der 28 Personen, die wir gemeinsam interviewt haben, durch Druck der Regierung auf ihre Familien nicht beirren. Ungeachtet der Drangsalierung ihrer Verwandten durch die Regierung, die auf die von der Opposition im Exil organisierten Proteste und Versammlungen in Warschau (September 2016), Prag (Dezember 2016) und Dortmund (Juli 2017) folgte, blieb die Opposition standhaft. Ein derzeit in Polen lebendes Mitglied der PIWT fasst die allgemeine Stimmungslage im Exil so zusammen:

»Sie haben meine Familie öffentlich gedemütigt, meinen Bruder, meine Schwestern und meine Eltern verhaftet. Aber wenn ich aufhöre, dann gewinnt die Regierung. Die Welt braucht Menschen, die für das, was richtig ist, eintreten.«

Diese Äußerung zeigt das komplexe Dilemma auf, dem sich Aktivisten im Exil gegenübersehen. Wer den Wunsch hat, seine Ansichten gegen das Regime in Tadschikistan zu äußern, mag jedes Recht haben, dies in seinem Gastland in der EU zu tun. Allerdings muss er dabei die Konsequenzen seines politischen Handelns abwägen, da sie potentiell ihre noch in Tadschikistan lebenden Familien in Gefahr bringen, die wegen ihrer Verbindung zu ihm Sanktionen fürchten müssen. Erkenntnisse unserer laufenden Studie zeigen, dass in der Mehrzahl der Fälle mittelbare Repression eher kein effektives Mittel zur Abschreckung dissidentischer Haltungen ist. Die beste Lösung für die Exilanten wäre es, dafür zu sorgen, dass ihre Familienangehörigen ihnen in die EU folgen können. Einige Angehörige haben es zwar geschafft, Tadschikistan zu verlassen und zu ihren Verwandten im Exil zu ziehen. Die tadschikische Regierung hat hierauf jedoch reagiert, indem sie die Pässe von noch im Land verbliebenen Angehörigen eingezogen hat. Derzeit sitzen die meisten Angehörigen in Tadschikistan fest.

Fazit

Das extraterritoriale Vorgehen der Sicherheitsdienste Tadschikistans verdeutlicht die grenzüberschreitende Natur der Repressionen autoritärer Regime: Diese Regime versuchen auf diese Weise, Dissidenten zu unterdrücken und die Mobilisierung sozialer Bewegungen im Ausland zu verhindern. Der Staat geht gegen Aktivisten im Exil zunehmend repressiv, mit Hilfe von Abschreckung und Sanktionen vor. Der Einsatz solcher repressiven Praktiken erzeugt bestimmte Muster staatlicher Kontrolle, die über die traditionellen territorialen Grenzen des Staates hinausreicht. Durch den Einsatz grenzüberschreitender Repressionstaktiken versucht der autoritäre Staat Tadschikistan, an Exilanten das Signal zu

senden, dass auch das Ausland kein sicheres Terrain ist. Der Staat ist zunehmend in der Lage, in liberale demokratische Räume einzudringen und seine heimischen Sicherheitsmechanismen und staatlichen Zwangsmittel zu reproduzieren. Aus der Studie zu Tadschikistan geht hervor, dass die politische Autorität des Staates zunehmend in globale Netzwerke und Räume eingebettet ist, und dass das Regime dadurch in die Lage versetzt wird, seine Macht auch außerhalb des eigenen geographischen Kontextes auszuüben. Solche Muster sind allerdings nicht nur in Bezug auf Tadschikistan zu beobachten.

Die Central Asia Political Exile-Datenbank belegt, dass es auch für andere zentralasiatische Staaten zur Gewohnheit wird, extraterritoriale Praktiken dieser Art einzusetzen, um gegen Dissidenten im Ausland vorzugehen. Darüber hinaus gibt es viele Belege aus anderen Regionen, insbesondere aus dem Mittleren Osten. Forschungen

zu Repressionen befassen sich hauptsächlich damit, wie, wann und warum politische Regime im eigenen Land Zwangsmittel gegen jene anwenden, die den Staat herausfordern. Die potentielle Reichweite der Repressionen über die Grenzen des Staatsgebiets hinaus wird hingegen nur wenig betrachtet. Dabei zeigt die CAPE-Datenbank, dass es einen Bedarf gibt, sich auch mit den grenzüberschreitenden Repressionen zu befassen, die im Zeitalter der Globalisierung von autoritären Regimen eingesetzt werden. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass in diesem Zusammenhang nicht internationale Strafverfolgung und Antiterrormaßnahmen missbraucht werden und weiterhin sichere Häfen für jene bestehen, die vor den Repressionen in Zentralasien geflohen sind.

Aus dem Englischen von Hartmut Schröder

Über die Autoren:

Saipira Furstenberg ist Research Fellow an der University of Exeter. Sie arbeitet gegenwärtig gemeinsam mit John Heathershaw für das Datenbankprojekt Central Asian Political Exiles (CAPE). Sie wurde an der Universität Bremen zur Doktorin der Politikwissenschaft promoviert.

John Heathershaw ist Associate Professor am Department of Politics der University of Exeter. Sein jüngstes Buch *Dictators Without Borders: Power and Money in Central Asia* (Yale University Press, 2017), das er zusammen mit Alexander Cooley verfasst hat, untersucht die kaum bekannten und nicht geregelten Verbindungen zwischen autokratischen Regimen in Zentralasien und den globalen Zentren von Macht und Wohlstand.

Edward Lemon ist Mellon Postdoctoral Research Scholar am Department of Political Science der Columbia University, New York. Er arbeitet gegenwärtig an einem Buch, das die Verfolgung von Exilanten durch das tadschikische Regime untersucht. Er wurde an der Universität Exeter zum Doktor der Politikwissenschaft promoviert.

Lesetipps:

- Tadjikistan: Authorities Go After Relatives of Opposition, Eurasianet, 19.7.2017, = <<http://www.eurasianet.org/node/84441>>
- Maxim Edwards, Shabnam Khudoydodova, "What kind of terrorist am I?", OpenDemocracy, 12.12.2016, = <<https://www.opendemocracy.net/od-russia/maxim-edwards-shabnam-khudoydodova/what-kind-of-terrorist-am-i-tajikistan>>
- Tadjikistan: Violent Retaliation Against Activists. OSCE, Governments Should Protest Collective Punishment, Worsening Crackdown, Human Rights Watch, 28.9.2016, = <<https://www.hrw.org/news/2016/09/28/tajikistan-violent-retaliation-against-activists>>

Tabelle 1: Registrierte Fälle transnationaler Repression nach Land und Phase (2005–2015)

	Phase 1 Verwarnung	Phase 2 Festnahme	Phase 3 Rückkehr/Angriff	Insgesamt
Kasachstan	-	9	1	10
Kirgistan	5	2	2	9
Tadschikistan	7	26	14	47
Turkmenistan	4	5	2	11
Usbekistan	2	27	19	48
Insgesamt	18	69	38	125

Daten aus: Central Asian Political Exiles database, 1st edition, November 2016, University of Exeter. Zu den neuesten Daten siehe <<https://excas.net/>>

Kirgistan ist anders?

Anmerkungen zur Präsidentenwahl am 15. Oktober 2017

In Kirgistan wurde am 15.10.2017 mit Sooronbaj Dscheenbekow ein neuer Präsident gewählt – ohne dass am Vortag bekannt gewesen wäre, wer gewinnt! Viele Beobachter waren sogar noch davon ausgegangen, dass ein zweiter Wahlgang nötig werden würde. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird damit im Dezember ein verfassungsgemäß von der Bevölkerung gewählter Präsident sein Amt, für das er nicht wieder kandidieren durfte, an einen ebenso demokratisch gewählten Nachfolger übergeben. (Die Vorgängerin des jetzigen Präsidenten, Rosa Otunbajewa, war nach dem Sturz Kurmanbek Bakijews 2010 nicht per Wahl, sondern durch ein Referendum von der Bevölkerung für ein Jahr zur Übergangspräsidentin bestimmt worden.) Durch beide Phänomene unterscheidet sich Kirgistan deutlich nicht nur von seinen zentralasiatischen Nachbarn, sondern auch von vielen anderen Staaten im eurasischen Raum.

Der Wahlausgang ist insofern überraschend, als noch im Frühjahr 2017 niemand mit einem Sieg Dscheenbekows gerechnet hätte. Der 58jährige Politiker der Sozialdemokratischen Partei Kirgistans stammt aus einem Dorf im Gebiet Osch. Er war unter Präsident Bakijew Landwirtschaftsminister, später Gouverneur von Osch, bevor er im April 2016 Premierminister wurde. Im August 2017 trat er nach seiner Zulassung zur Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen zurück. Er gilt als Vertrauter, manche sagen auch Protegé oder Marionette, des noch amtierenden Präsidenten Atambajew. Mit wenig Charisma ausgestattet, gilt er eher als guter Manager, denn als Leitfigur. Im Wahlkampf wie auch in ersten Stellungnahmen nach der Wahl versprach er die Fortsetzung der Politik seines Vorgängers.

Neben Dscheenbekow hatten sich im Frühsommer weitere 58 Personen bei der Zentralen Wahlkommission um die Zulassung zur Kandidatur bei den Wahlen beworben. Nachdem einige ihre Bewerbung selber zurückgezogen hatten und die Kommission viele andere wegen Nichterfüllung der gesetzlichen Bedingungen (erfolgreicher Kirgisisch-Sprachtest, keine Vorstrafen, die Vorlage von 30.000 Unterschriften von Unterstützern etc.) abgewiesen hatte, standen zum offiziellen Beginn des Wahlkampfs am 10.9. 13 Kandidaten fest. Zwei von ihnen zogen dann noch ihre Kandidatur zugunsten anderer Kandidaten zurück. Als Favorit startete Omurbek Babanow, 47, Geschäftsmann und einer der reichsten Männer Kirgistans, in den Wahlkampf. Auch er war schon einmal, zu Beginn der Amtszeit Atambajews, von Dezember 2011 bis September 2012 Premierminister und ist Abgeordneter der Partei von ihm gegründeten Partei Respublika (zwischenzeitlich vereint mit Ata-Dschurt). Für die Präsidentschaft bewarb er sich allerdings als Selbstnominierter. Obwohl er viel Geld in seinen Wahlkampf investieren konnte, gelang es ihm u. a. deshalb nicht die Wähler zu überzeugen, weil er sich nicht ausdrücklich als Gegenkandidat zur gegenwärtigen Führung positionierte.

Ohne Zweifel hatten die mehr als 3 Mio. Wähler am 15.10. also eine echte Wahl. Zwar wurde schon im Vorfeld von versuchtem Stimmenkauf in Osch berichtet und die OSZE/ODIHR-Mission monierte in ihrer vorläufigen Stellungnahme beispielsweise örtliche Probleme bezüglich einer geheimen Stimmabgabe oder bei der Auszählung der Stimmen, doch wird das Ergebnis dadurch nicht infrage gestellt.

Der mit 33,42 % der Stimmen zweitplatzierte Kandidat Babanow hat zwar Benachteiligungen während des Wahlkampfes kritisiert, das Ergebnis aber anerkannt. In seiner Heimat, im Gebiet Talas, wo er mehr als 85 % der Stimmen bekommen hatte, demonstrierten am Tag nach der Wahl mehrere Hundert Menschen für eine Annullierung des Ergebnisses. Sie stellten ihren Protest aber offensichtlich ein nachdem Babanow sich öffentlich von ihnen distanziert hatte. Adachan Madumarow von Butun-Kyrgyzstan, der mit 6,49 % der Stimmen Drittplatzierte, hat alle Unzufriedenen aufgefordert, aufzustehen und sich zusammenschließen. Eine größere Reaktion scheint aber eher unwahrscheinlich, da die Bevölkerung von Unruhen aller Art genug hat und Politiker immer mehr als Mitglieder einer abgeschotteten Elite wahrnimmt.

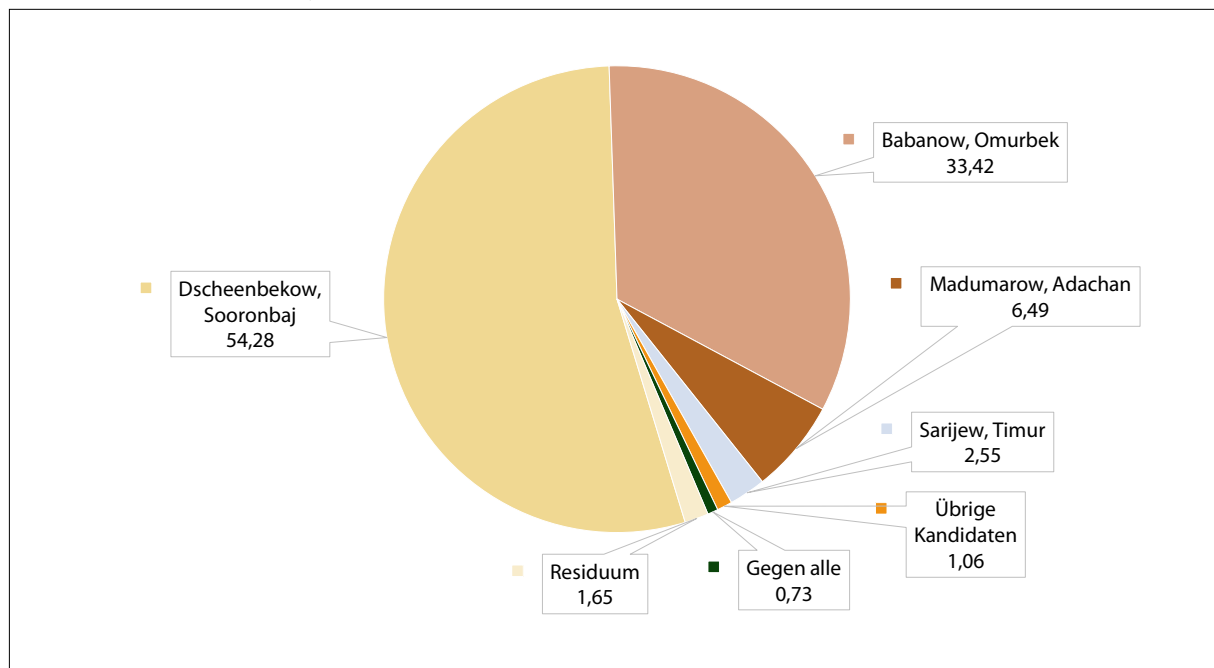
Es sieht also so aus, als ob das politische Kirgistan nun wieder zur Tagesordnung übergehen kann. Allerdings hat der Wahlkampf ungute Belastungen für die nahe Zukunft hinterlassen: Schon seit Jahresbeginn, vor allem aber in den allerletzten Wochen vor der Wahl, haben Stil und Ton der politischen Auseinandersetzung eine bedenkliche, die innere wie äußere Stabilität gefährdende Form angenommen. Das begann schon mit der Verhaftung des einflussreichen Ata-Meken-Führers Omurbek Tekebajew im Frühjahr (und seiner Verurteilung zu acht Jahren Haft wegen Korruption im August). Kritische Medien und Journalisten wurden zunehmend mit Klagen überzogen und verfolgt. Und es gipfelte in der Festnahme des Abgeordneten Kanatbek Isajew, eines Unterstützers Babanows, am 30.9. wegen des Verdachts, Unruhen für den Fall, dass Babanow nicht gewählt wird, vorzubereiten. Als sich immer mehr abzeichnete, dass die Wahl auf eine Art Zweikampf zwischen dem vom Präsidenten und der Administration unterstützten Dscheenbekow und Babanow hinauslief, verschärfte sich der Ton zwischen beiden Seiten. Persönliche Diskreditierung und nicht politische Argumente wurden zum wichtigsten Mittel des Wahlkampfes. Neben Unterstützung durch »adminis-

trative Ressourcen« (d. i. Druck auf Staatsbedienstete und Studenten für Dscheenbekow zu stimmen, Berichterstattung der staatlichen Medien pro Dscheenbekow) sah sich vor allem Präsident Atambajew offenbar immer weniger in der Rolle des neutralen Staatsoberhauptes, sondern unterstützte »seinen« Kandidaten Dscheenbekow unüberhörbar. Besonders bedenklich erscheint, dass er dabei eine Belastung des zwischenstaatlichen Verhältnisses zu Kasachstan in Kauf nahm. Das bislang immer freundschaftliche Verhältnis zwischen beiden Staaten erreichte im Oktober, befördert von Atambajews Wahlkampfaussagen, einen völlig unnötigen Tiefpunkt. Auslöser des Konfliktes war, dass der kasachstanische Präsident Nursultan Nasarbajew Mitte September, also schon während des offiziellen Wahlkampfes in Kirgistan, den Kandidaten Babanow empfangen hatte. Auf einen kirgisischen Protest wegen Einmischung in innere Angelegenheiten reagierte man in Astana mit Ablehnung, woraufhin Atambajew beispielsweise öffentlich erklärte, Kasachstan werde von korrupten Sultanen regiert, die das Land ausplündern. Die kasachstanischen Behörden beschlossen daraufhin nicht nur, keine Wahlbeobachter nach Kirgistan zu entsenden, sondern richteten auch wegen der »Sicherheitsgefährdung durch die kirgisischen Wahlen« verstärkte Kontrollen an der gemeinsamen EEU-Binnengrenze ein, die zu stundenlangen Wartezeiten führten – Kirgistan wiederum lehnte fest vereinbarte kasachstanische Unterstützungszahlungen ab ...

Dscheenbekow, der mit 54,3% der Stimmen das bislang niedrigste Ergebnis bei einer Präsidentenwahl in Kirgistan für sich verbuchen konnte, muss jetzt also innen- wie außenpolitisch die Scherben des Wahlkampfes beseitigen, bevor er sich der Lösung der eigentlichen und zweifellos erheblichen Probleme Kirgistans widmen kann. Der Preis für die Andersartigkeit des Landes (?)

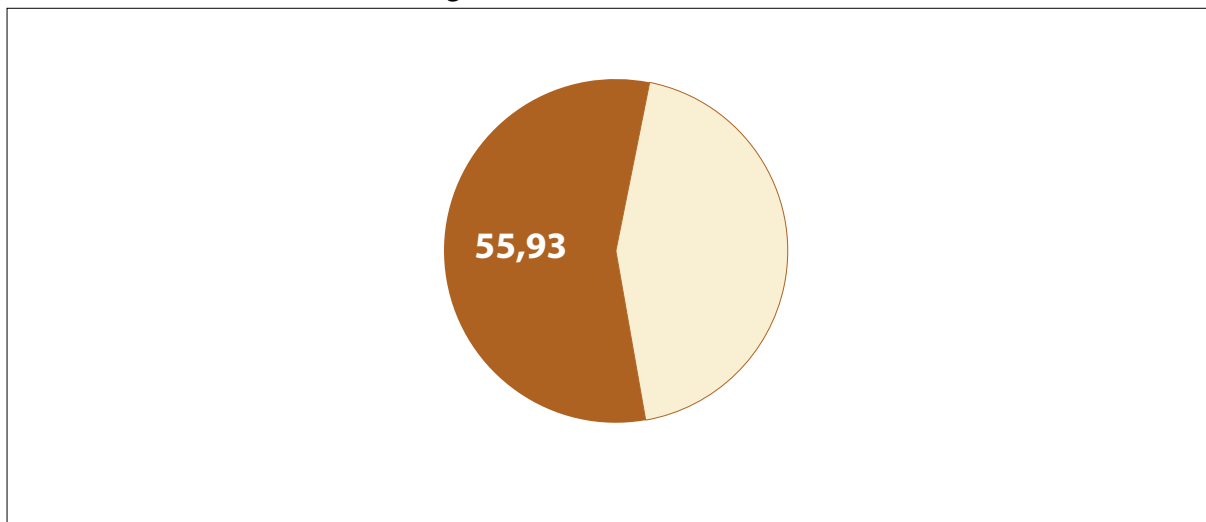
Beate Eschment

Grafik 1: (Vorläufiges) Wahlergebnis der Präsidentschaftswahlen in Kirgistan am 15. Oktober 2017 (in % der abgegebenen Stimmen, Stand vom 18. Oktober 2017, 100 % der Wahlbezirke)



Quelle: <<https://www.shailoo.gov.kg/ru/news/1942/>>

Grafik 2: Wahlbeteiligung bei den Präsidentschaftswahlen in Kirgistan am 15. Oktober 2017 (in % der Wahlberechtigten, Stand vom 18. Oktober 2017, 100 % der Wahlbezirke)



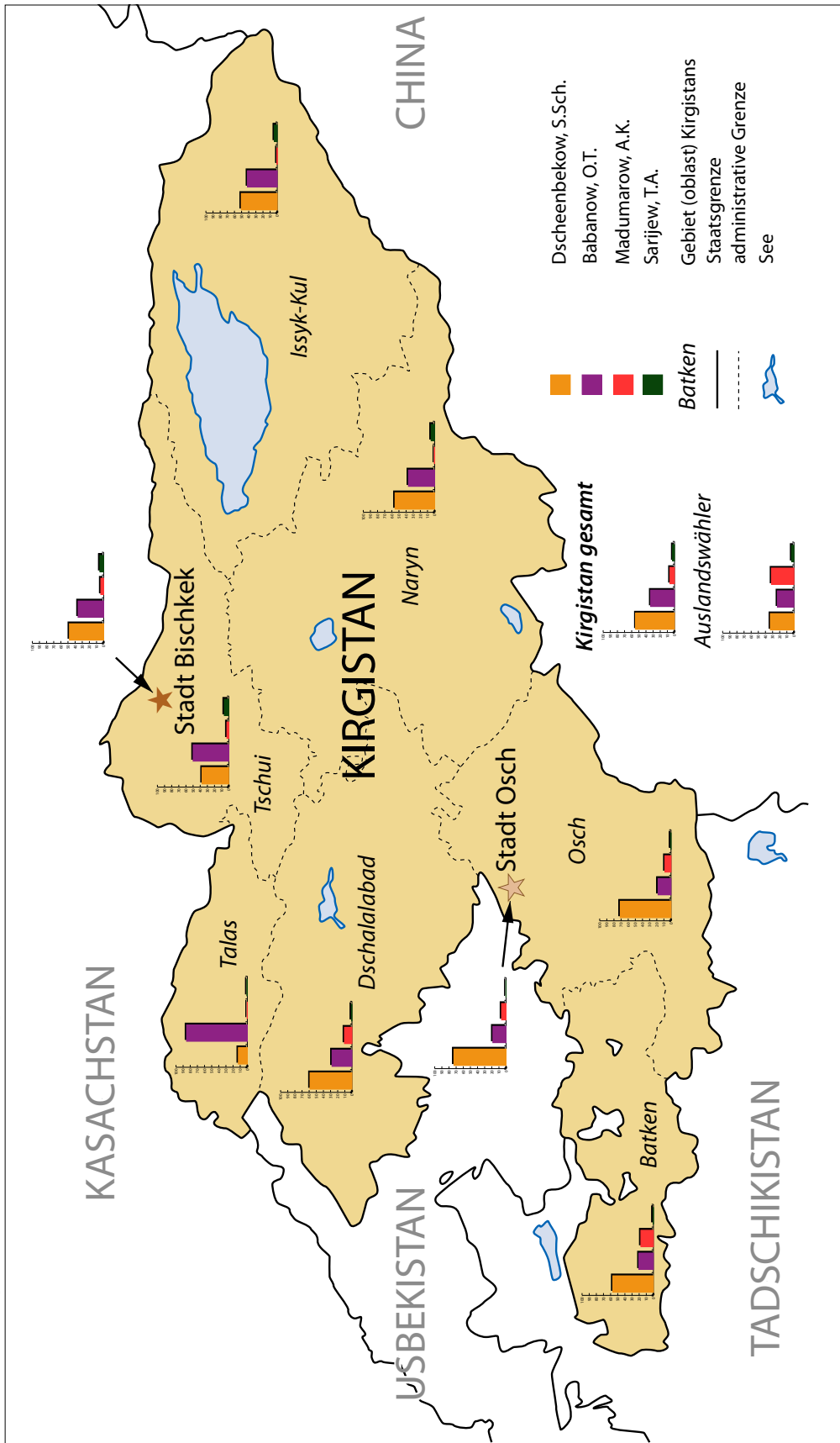
Quelle: <<https://www.shailoo.gov.kg/ru/news/1942/>>

Tabelle 1: (Vorläufiges) Wahlergebnis der Präsidentschaftswahlen in Kirgistan am 15. Oktober 2017 (in % der abgegebenen Stimmen, Stand vom 18. Oktober 2017, 100 % der Wahlbezirke)

Kandidat	Stimmen	%
Dscheenbekow, S.Sch.	925.361	54,28
Babanow, O.T.	569.697	33,42
Madumarow, A.K.	110.652	6,49
Sarijew, T.A.	43.457	2,55
Masadykow, T.Sch.	10.829	0,64
Kotschkorow, U.T.	8.517	0,5
Beknasarow, A.A.	2.578	0,16
Abdyldajew, A.B.	2.021	0,12
Malijew, A.K.	1.623	0,1
Sarlykow, E.S.	1.561	0,09
Umetalijewa, T. Dsch.	1.475	0,09
Taschijew, K.K.	0	0
Torobajew, B.E.	0	0
Gegen alle	12.387	0,73
Wahlbeteiligung	3.025.770 Wahlberechtigte	55,93

Quelle: <<https://www.shailoo.gov.kg/ru/news/1942/>>

Grafik 3: Regionale Stimmenverteilung (der Kandidaten mit mehr als 1 % der Stimmen)



Kartographie: <http://english.freemap.jp/>; Quelle: <https://www.shailoo.gov.kg/ru/news/1942/>

Tabelle 2: Regionale Stimmenverteilung (der Kandidaten mit mehr als 1 % der Stimmen)

		Kirgistan gesamt	Stadt Bischkek	Gebiet Tschui	Gebiet Issyk-Kul	Gebiet Naryn	Gebiet Talas
	Stimmen gesamt	3.025.770	426.722	491.032	259.118	161.895	130.195
Sarijew, T.A.	Stimmen	43.457	13.422	15.763	5.735	4.442	531
	%	2,55	5,37	6,27	4,04	4,94	0,67
Babanow, O.T.	Stimmen	569.697	89.671	125.535	59.156	33.030	67.689
	%	33,42	35,86	49,97	41,69	36,74	85,16
Dscheenbekow, S.Sch.	Stimmen	925.361	120.091	93.730	71.631	49.886	10.032
	%	54,28	48	37,31	50,49	55,5	12,62
Madumarow, A.K.	Stimmen	110.652	10.702	6.542	501	296	105
	%	6,49	4	2,6	0,35	0,33	0,13

		Kirgistan gesamt	Stadt Osch	Gebiet Osch	Gebiet Dschalala- bad	Gebiet Batken	Auslands- wähler
	Stimmen gesamt	3.025.770	159.348	589.412	545.746	243.722	18.580
Sarijew, T.A.	Stimmen	43.457	172	955	1.822	431	184
	%	2,55	0,16	0,27	0,61	0,34	3,37
Babanow, O.T.	Stimmen	569.697	20.521	63.547	83.555	25.720	1.273
	%	33,42	18,57	18,15	27,96	20,23	23,28
Dscheenbekow, S.Sch.	Stimmen	925.361	80.783	249.210	175.791	72.392	1.815
	%	54,28	73,12	71,17	58,82	56,95	33,19
Madumarow, A.K.	Stimmen	110.652	6.978	29.995	31.374	22.431	1.728
	%	6,49	6,32	8,57	10,5	17,65	31,6

Quelle: <<https://www.shailoo.gov.kg/ru/news/1942/>>

CHRONIK

23. September – 20. Oktober 2017

Kasachstan

23.9.2017	Im Bezirk Karatau (Gebiet Schambyl) fallen zahlreiche Pferde, Rinder und Schafe einer rätselhaften Tierseuche zum Opfer.
25.9.2017	In Almaty stirbt 80jährig der letzte Premier der Kasachischen SSR, Usakbai Karamanow.
25.9.2017	Die Außenminister der fünf zentralasiatischen Staaten sprechen sich bei einem Treffen am Rande der UN-Vollversammlung in New York für eine Verstärkung der regionalen Zusammenarbeit aus.
25.9.2017	Eine kasachstanische Abgeordnetendelegation unter Leitung von Senatssprecher Kasym-Schomart Tokajew reist zu zwischenparlamentarischen Konsultationen nach Taschkent.
25.9.2017	Laut der staatlichen Nachrichtenagentur Kazinform droht dem Flugverkehr in Kasachstan aufgrund von Kerosinmangel der Kollaps. Als Ursache dafür, wie auch für sich verschärfende Engpässe in der Benzinversorgung, werden die Einstellung der Kerosinimporte aus Russland sowie die derzeitige Stilllegung der Raffinerie in Schymkent (Gebiet Südkasachstan) genannt. Das Energieministerium dementiert die Berichte.
25.9.2017	Das Innenministerium kündigt in einer Stellungnahme an, seine Migrationspolitik in Zukunft darauf auszurichten, ländliche Bevölkerung aus dem Süden des Landes, wo die demographische Entwicklung positiv sei, in die nördlichen Gebiete umzusiedeln.
27.9.2017	Zwei türkische Lehrer türkisch-kasachstanischer Gymnasien in der Stadt Pawlodar beantragen nach wiederholten Einschüchterungsversuchen der türkischen Behörden sowie der kasachstanischen Polizei in Kasachstan politisches Asyl.
29.9.2017	Während einer Videoschaltung vereinbaren der lettische Präsident Raimonds Vejonis und der kasachstanische Vize-Premier Askar Mamin den Ausbau der Containertransportinfrastruktur zwischen China und Europa auf dem Territorium ihrer Staaten.
29.9.2017	Einen Monat nach den Ausschreitungen auf der Baustelle des Abu Dhabi Plaza in Astana werden 61 indische Arbeitsmigranten in ihre Heimat ausgewiesen.
30.9.2017	Der Bruder von Präsident Nursultan Nasarbajew, Bolat, weiht im Heimatdorf der Familie, Schamalgan (Gebiet Almaty), 17 von ihm finanzierte Häuser für bedürftige Familien ein.
1.10.2017	Usbekistan verringert die Einfuhrsteuer für in Kasachstan produzierte Neuwagen auf 2 % des Warenwerts.
2.10.2017	Im kürzlich vorgestellten Ranking des World Economic Forums, das die Wettbewerbsfähigkeit von Staaten misst, belegt Kasachstan den 57. Rang.
3.10.2017	Das Nachrichtenportal profit.kz berichtet, dass bis zum Jahr 2020 1.700 Dörfer des Landes neu an das Breitbandnetz angeschlossen sein sollen. Derzeit sind 122 Städte und rund 1.200 Dörfer mit schnellem Internet versorgt.
3.10.2017	Beim Absturz eines Rettungsflugzeugs vom Typ AN-28 auf dem Flug von Almaty nach Schymkent sterben im Gebiet Almaty alle fünf Insassen.
5.10.2017	Der Tenge fällt auf den niedrigsten Stand seit mehr als einem Jahr; an der kasachstanischen Börse KASE wird er zum Kurs von 345:1 zum US-Dollar gehandelt.
5.10.2017	Der Pressedienst des Konzerns KazTransGaz teilt mit, dass man mit China übereingekommen sei, ab 15.10. 5 Mrd. m ³ Gas in die Volksrepublik zu liefern.
5.10.2017	Der Bürgermeister von Almaty, Bauyrshan Baibek, stellt im Rahmen eines Investitionsforums das Verkehrskonzept »Almaty – Stadt für Fußgänger« vor, das u. a. den weiteren Ausbau der derzeit 100 km Busspuren vorsieht. Mitte 2018 soll ein Betrieb zur Herstellung von Elektrobussen eröffnet werden, bereits jetzt liege der Anteil von mit Gas und Strom betriebenen Bussen in Almaty bei 60 %. Derweil lägen die Kosten für den Ausbau der Ringstraße um Almaty BAKAD bei 1,5 Mrd. US-Dollar.
5.10.2017	Der Green Climate Fund stellt 110 Mio. US-Dollar für das von der EBRD initiierte Kazakhstan Renewables Framework bereit, das die Entwicklung regenerativer Energiequellen in Kasachstan fördern soll.
5.10.2017	Das Innenministerium dementiert in den sozialen Medien kursierende Berichte, wonach türkische Staatsbürger von den kasachstanischen Behörden in letzter Zeit zunehmend unter Druck gesetzt worden seien.
6.10.2017	Ca. 250 aus China eingewanderte ethnische Kasachen (oralman), deren vor zwei Jahren erteilte Aufenthaltsgenehmigung von der Verwaltung des Gebiets Schambyl für ungültig erklärt worden war, appellieren in einem offenen Brief an Präsident Nasarbajew, sie nicht nach China auszuweisen.

6.10.2017	Der russische Außenminister Sergej Lawrow trifft im Rahmen eines offiziellen Besuchs anlässlich des 25jährigen Jubiläums der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten in Astana u. a. mit Präsident Nasarbajew zu Gesprächen über die bilaterale Kooperation zusammen.
7.10.2017	Der kirgisische Präsident Almasbek Atambajew wirft der kasachstanischen Führung in einer öffentlichen Rede Einmischung in innere Angelegenheiten vor und bezichtigt sie, Oligarchen reich zu machen statt die sozioökonomische Entwicklung zu fördern. Das kasachstanische Außenministerium reagiert mit einer Protestnote. Premier Bakjyschan Sagyntajew wirft Atambajew Lüge und Provokation vor.
10.10.2017	Wegen des aktuellen Versorgungsengpasses mit Benzin rügt Premier Sagyntajew Energieminister Kanat Bosumbajew scharf. Vize-Minister Aset Magauow sowie der Vize-Chef des Staatskonzerns KazMunayGaz, Danijar Berlibajew, werden wegen des aktuellen Benzindefizits und der landesweit steigenden Preise an den Tankstellen entlassen, der Chef von KazMunayGaz, Sauat Mynbajew, ebenfalls getadelt.
10.10.2017	Ein Gericht in der Stadt Kapschagai (Gebiet Almaty) lehnt den Antrag des ehemaligen Chefs des Journalistenverbands, Seitkasy Matajew, auf Freilassung und Umwandlung seiner Gefängnisstrafe in Hausarrest ab.
10.10.2017	Nach Angaben der Nationalbank ist die Auslandsverschuldung Kasachstans am 1.7.2017 den siebten Monat in Folge gestiegen – auf 168 Mrd. US-Dollar.
11.10.2017	Auch Präsident Nasarbajew kritisiert Energieminister Bosumbajew scharf für Nachlässigkeiten bei der Kontrolle des Marktes für Mineralölprodukte.
11.10.2017	Präsident Nasarbajew reist zum EEU-Gipfel ins russische Sotschi. Am Rande der Gespräche auf höchster Ebene diskutiert Nasarbajew u. a. mit seinem russischen Amtskollegen Putin Fragen der bilateralen Zusammenarbeit.
11.10.2017	Nachdem kasachstanische Sicherheitskräfte an den Grenzübergängen zu Kirgistan verschärfte Kontrollen durchführen, bilden sich auf kirgisischer Seite kilometerlange Schlangen.
12.10.2017	Der Vorsitzende des Komitees für nationale Sicherheit, Karim Massimow, trifft in Washington mit US-Außenminister Rex Tillerson zu Gesprächen zusammen. In den kasachstanischen Medien wird der Besuch aus unbekanntem Gründen verschwiegen.
12.10.2017	Verteidigungsminister Saken Schanusakow reist zum Treffen der GUS-Verteidigungsminister nach Duschanbe.
13.10.2017	Das nationale Büro für Korruptionsbekämpfung lädt den in der Schweiz lebenden Ex-Bürgermeister von Almaty, Viktor Chrapunow, und seine Frau Leila zu Befragungen nach Astana vor. Chrapunow sowie Mitgliedern seiner Familie und mehreren Vertrauenspersonen wird die Unterschlagung von Staatsmitteln in großem Umfang vorgeworfen.
13.10.2017	Kasachstan entsendet wegen der Äußerungen des kirgisischen Präsidenten Atambajew keine Wahlbeobachter in das Nachbarland.
14.10.2017	Tengrinews berichtet unter Berufung auf das Komitee für nationale Sicherheit, dass dem ehemaligen, bereits wegen Verbreitung von Staatsgeheimnissen verurteilten Chef des Komitees, Nartai Dutbajew, nun auch die Veruntreuung von Staatsmitteln vorgeworfen werde.
14.10.2017	Der frühere Nationalbankchef Grigorij Martschenko erklärt in einem Interview gegenüber dem kirgisischen Informationsportal Kaktus Media, dass die Probleme Kirgistans nicht im Fehlen von Erdöl begründet lägen, sondern im Fehlen von Reformen.
14.10.2017	Radio Free Asia meldet, dass im an Kasachstan grenzenden Bezirk Yining der Kasachischen Autonomen Präfektur Ili in China der Unterricht in kasachischer und uighurischer Sprache verboten wurde. Seit Monaten berichten aus China nach Kasachstan migrierte Kasachen von zunehmenden Repressalien der chinesischen Behörden gegen ihre Volksgruppe.
16.10.2017	Der Bürgermeister von Schymkent, Gabidulla Abdrachimow, untersagt den Angestellten der Stadtverwaltung für einen Monat die Nutzung von Dienstwagen.
17.10.2017	Zwei Vertraute und Geschäftspartner von Ex-BTA Bank-Chef Muchtar Abljasow, Maksim Chablow und Anar Abdichaimowa, kehren freiwillig aus Russland nach Kasachstan zurück. In einem Brief erklären sie sich im Fall Abljasow zur Kooperation mit dem Büro für Korruptionsbekämpfung bereit.
16.10.2017	Zahlreiche Nutzer der sozialen Netzwerke Facebook und Instagram in Kasachstan beschwerten sich über anhaltende Störungen u. a. bei der Nutzung der Kommentarfunktionen.
18.10.2017	Der kirgisische Premier Sapar Isakow trifft während seines ersten Kasachstanbesuches als Premier in Astana u. a. mit seinem Amtskollegen Sagyntajew zusammen. Nach längeren Gesprächen finden beide Seiten eine Lösung für den aktuellen Konflikt um die Grenzkontrollen.

18.10.2017	Der scheidende kirgisische Präsident Atambajew nimmt seine Äußerungen über Präsident Nasarbajew und eine Einmischung Kasachstans in den kirgisischen Wahlkampf teilweise zurück.
18.10.2017	Die Nationalbank stellt Unterstützungszahlungen mit einem Gesamtvolumen von 402 Mrd. Tenge (ca. 1,23 Mrd. US-Dollar) für die kriselnden Geschäftsbanken Eurasian Bank, Bank Center Credit, ATF Bank und Tsesna Bank bereit.
19.10.2017	Das Büro für Korruptionsbekämpfung teilt mit, dass im Fall des seit Dezember 2016 in Untersuchungshaft sitzenden Ex-Ministers für die nationale Ökonomie, Kuandyk Bischimbajew, sieben Fälle von Schmiergeldannahmen und ein Fall von Unterschlagung von Haushaltsmitteln im Gesamtvolumen von 1,2 Mrd. Tenge (3,6 Mio. US-Dollar) untersucht würden.
20.10.2017	Präsident Nasarbajew empfängt den saudischen Innenminister Nayef bin Abdelaziz Al Saud in Astana zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit.
20.10.2017	Mehrere Quellen melden, dass die Nationalbank plane, in Kooperation mit der maltesischen Investmentfirma Exante eine staatlich ausgegebene Kryptowährung (analog zu z. B. CryptoRuble) in Umlauf zu bringen.

Kirgistan

23.9.2017	Nach Angaben des Pressedienstes des Innenministeriums wurde am 21.9. in Tokmok (Gebiet Tschui) eine nicht genau benannte Gruppe von Bürgern unter dem Verdacht verhaftet, einen Terroranschlag während der Präsidentschaftswahlen geplant zu haben.
25.9.2017	Das Staatskomitee für nationale Sicherheit meldet die Verhaftung eines Mannes, der als Mitglied einer terroristischen Organisation versucht haben soll, in Kirgistan Rekruten für den Krieg in Syrien anzuwerben.
25.9.2017	Die Außenminister der fünf zentralasiatischen Staaten sprechen sich bei einem Treffen am Rande der UN-Vollversammlung in New York für eine Verstärkung der regionalen Zusammenarbeit aus.
27.9.2017	Wirtschaftsminister Artjom Nowikow wird in Taschkent vom usbekischen Minister für Außenhandel, Eljor Ganijew, zu Gesprächen über die Implementierung der jüngsten Wirtschaftsverträge empfangen.
28.9.2017	Der Vorsitzende des Staatskomitees für religiöse Angelegenheiten, Sarjirbek Ergeschow, und der kasachstanische Minister für Angelegenheiten von Religion und Zivilgesellschaft, Nurlan Jermekbajew, unterzeichnen in Bischkek ein MoU über eine Zusammenarbeit im religiösen Bereich (insbes. Kampf gegen extremistische Organisationen, Entwicklung theologischer Forschung und Volksbildung).
28.9.2017	Premier Sapar Isakow wird in Moskau von seinem russischen Amtskollegen Dmitrij Medwedjew und dem Duma-Vorsitzenden Wjatscheslaw Wolodin zu Gesprächen über das bilaterale Verhältnis empfangen.
29.9.2017	Ein Gericht in Bischkek hebt das Urteil der Vorinstanz im Fall Sulpukar Sapanow auf. Der Journalist war am 12.9. wegen Anheizens von Hass zwischen den Konfessionen in einem von ihm 2016 veröffentlichten Buch zu einer mehrjährigen Freiheitsstrafe verurteilt worden.
29.9.2017	Der Eurasische Fonds für Stabilisierung und Entwicklung fördert in Kirgistan und Tadschikistan mit je 5 Mio. US-Dollar die medizinische Prophylaxe der Bevölkerung in Hochgebirgs- und schwer zugänglichen Bezirken mit mobilen medizinischen Einheiten, sog. Karawanen der Gesundheit.
29.9.2017	Der EU-Sonderbeauftragte für Zentralasien, Peter Burian, äußert zum Abschluss seines dreitägigen Kirgistanbesuches die Hoffnung, dass die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen frei und fair ablaufen werden.
1.10.2017	Das Staatskomitee für nationale Sicherheit gibt die Verhaftung des Parlamentsmitglieds Kanat Isajew wegen des Verdachts der Vorbereitung eines Umsturzversuches bekannt. Gleichzeitig werden mehrere Mitglieder einer kriminellen Gruppe verhaftet. Isajew soll sie und andere Jugendliche für Geld rekrutiert und ausgebildet haben, damit sie Unruhen initiieren, wenn am Ende der Präsidentschaftswahl nicht Omurbek Babanow als Gewinner feststeht.
2.10.2017	Ein Gericht in Bischkek bestätigt in einer Schnellverhandlung ohne Beteiligung von Rechtsanwälten das Urteil der Vorinstanz gegen den Ata-Meken-Führer Omurbek Tekebajew und Duischenbek Tschotonow über acht Jahre Freiheitsentzug wegen Korruption.
2.10.2017	Russland und Kirgistan führen derzeit Verhandlungen über die Einrichtung einer zweiten russischen Militärbasis in Kirgistan, teilt Premier Isakow in einem Interview mit RIA Nowosti mit.
3.10.2017	Der ständige Vertreter Kirgistans bei der UN und anderen in Genf beheimateten internationalen Organisationen, Danijar Mukaschew, wurde zum Vorsitzenden des Koordinationskomitees der World Intellectual Property Organization (WIPO) gewählt, meldet das Außenministerium.

3.10.2017	Der Grenzübergang nach Usbekistan Kadamschai (Gebiet Batken) nimmt die Arbeit mit erleichterten bürokratischen Bedingungen für den Übertritt auf.
3.10.2017	Das Staatskomitee für nationale Sicherheit meldet die Festnahme eines aus Syrien eingereisten Mannes, der versucht haben soll, in Kirgistan eine terroristische Untergrundzelle zu organisieren.
3.10.2017	Die Ata-Meken Fraktion im Parlament wählt in einer außerplanmäßigen Sitzung den bisherigen stellvertretenden Fraktionschef Almambet Schkmamatow zu ihrem Führer nachdem der zu einer achtjährigen Freiheitsstrafe verurteilte Tekebajew am Vorabend sein Amt schriftlich niedergelegt hatte.
5.10.2017	Präsident Atambajew wird in Taschkent von seinem usbekischen Amtskollegen Schawkat Mirsijojew zu Gesprächen über Stand und Perspektiven des bilateralen Verhältnisses empfangen. Die beiden Staatsoberhäupter unterzeichnen eine Deklaration über strategische Partnerschaft, Freundschaft und gute Nachbarschaft und Vertrauen sowie ein ganzes Paket von Dokumenten über Zusammenarbeit in den Bereichen Sicherheit, Verteidigung, Kampf gegen Wirtschaftsverbrechen u. a.. Beide Seiten versichern ihre Bereitschaft, die Zusammenarbeit im Bereich Wasser und Energie zu entwickeln. Während eines zeitgleich stattfindenden Businessforums Usbekistan-Kirgistan werden 17 Vereinbarungen mit einer Gesamtsumme von mehr als 200 Mio. US-Dollar unterzeichnet.
5.10.2017	Ein Gericht in Bischkek verurteilt die Nachrichtenagentur 24.kg und den ehemaligen Abgeordneten und Journalisten Kabaj Karabekow, dem ehemaligen Premier und jetzigen Präsidentschaftskandidaten der regierenden Sozialdemokratischen Partei (SDPK) Sooronbaj Dscheenbekow eine Kompensation von je 5 Mio. Som (ca. 73.000 US-Dollar) für den moralischen Schaden zu zahlen, der ihm durch eine auf ihrer Website veröffentlichte Publikation Karabekows entstanden ist.
6.10.2017	Temir Dschumakadyrow, Vize-Premier, Chef des Stabes für die Durchführung der Präsidentschaftswahlen und enger Vertrauter Präsident Atambajews kommt bei einem Verkehrsunfall im Gebiet Tschui ums Leben.
6.10.2017	Bakyt Torobajew zieht seine Kandidatur bei der Präsidentschaftswahl zugunsten des Respublika-Führers Babanow zurück.
8.10.2017	Präsident Atambajews Bemerkung in einer Rede am 7.10., dass die kasachstanische Führung sich zugunsten eines Kandidaten in die kirgisischen Präsidentschaftswahlen eingemischt habe, löst diplomatische Verstimmungen mit Astana aus. Der kasachstanische Premier Bakytyschan Sagintajew bezeichnet Atambajews Äußerungen als verantwortungslos, provokativ und lügnerisch.
9.10.2017	Präsident Atambajew gibt bekannt, dass er wegen zu befürchtender Unruhen in Kirgistan nicht wie geplant an der Sitzung des Rates der Staatschefs der GUS-Staaten in Sotschi am 10./11.10. teilnehmen wird. Premier Isakow werde ihn vertreten.
9.10.2017	Die Mitgliedsstaaten der EU geben der Europäischen Kommission und deren Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, das Mandat, ein neues Abkommen mit Kirgistan anstelle des PCA von 1999 auszuhandeln.
10.10.2017	Die ehemalige Justizministerin und Generalstaatsanwältin Aida Saljanowa wird in Bischkek wegen Machtmissbrauchs zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren mit Aufschub um 12 Jahre, weil sie ein Kleinkind hat, verurteilt. Saljanowa hatte in den letzten Jahren Präsident Atambajew heftig kritisiert.
10.10.2017	Nach Angaben der Nationalbank haben kirgisische Arbeitsmigranten in den ersten acht Monaten des Jahres 2017 1,55 Mrd. US-Dollar in ihre Heimat rücküberwiesen. Das sind 20,3% mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.
10.10.2017	Nach Angaben des Nationalen statistischen Komitees wuchs das BIP Kirgistans in den ersten neun Monaten des Jahres 2017 um 5% und betrug knapp 335 Mrd. Som (ca. 4,9 Mrd. US-Dollar).
10.10.2017	Vize-Premier Tolkunbek Abdygulow wird anstelle der tödlich verunglückten Dschumakadyrow zum Chef des Stabes für die Durchführung der Wahlen ernannt.
10.10.2017	Der russische stellvertretende Außenminister Grigorij Karasin erklärt gegenüber RIA Nowosti, dass Moskau nicht in Erwägung ziehe, auf den kirgisischen Vorschlag der Einrichtung einer zweiten russischen Militärbasis in Kirgistan einzugehen.
10.10.2017	Mit Unterschrift Premierminister Isakows wird der Vertrag zwischen Kirgistan und der tschechischen Liglass Trading über den Bau von Wasserkraftwerken am Naryn von kirgisischer Seite annulliert.
10.10.2017	Außenminister Erlan Abdyldajew nimmt am regulären Gipfel der Außenminister der GUS-Staaten im russischen Sotschi teil.
11.10.2017	Am Grenzübergang Kordai nach Kasachstan werden auf Anordnung der Regierung Zelte errichtet und Nahrungsmittel verteilt, nachdem sich wegen verschärfter kasachstanischer Kontrollen lange Schlangen gebildet haben.

12.10.2017	Auf der Website des kasachstanischen Premierministers Sagyntajew wird dementiert, dass er in Sotschi bilaterale Gespräche mit seinem kirgisischen Amtskollegen Isakow geführt habe. Der Pressedienst Isakows hatte am Vorabend gemeldet, dass beide am Rande des Gipfels in Sotschi über die Situation an der gemeinsamen Grenze gesprochen hätten.
12.10.2017	Das Staatskomitee für nationale Sicherheit meldet die Verhaftung eines Terrorverdächtigen, der von 2013–2016 in Syrien gekämpft haben und danach mit dem Ziel der Vorbereitung eines Terroranschlags in seine Heimat zurück gekehrt sein soll.
12.10.2017	Die Sicherheitskräfte des Landes werden wegen der Präsidentschaftswahlen am 15.10. in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt.
12.10.2017	Asimbek Beknazarow zieht seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen zum letzten möglichen Zeitpunkt zurück. Damit stehen jetzt am 15.10. zehn Kandidaten zur Wahl.
13.10.2017	Der Pressedienst der Generalstaatsanwaltschaft teilt mit, dass man bei der Analyse einer Rede, die Omurbek Babanow am 28.9. vor usbekischen Bewohnern von Osh gehalten hatte, Anzeichen des Anheizens zwischen-nationaler Feindschaft festgestellt habe. Babanow kann zu diesem Zeitpunkt nicht mehr von der Wahl ausgeschlossen werden.
13.10.2017	Kasachstan entsendet wegen der aktuellen zwischenstaatlichen Verstimmungen keine Wahlbeobachter nach Kirgistan.
13.10.2017	Präsident Atambajew erklärt in einer Rede vor Wehrdienstleistenden in Batken, dass ein 3.000 Jahre altes Volk wie die Kirgisen sich nicht durch eine dreitägige Blockade durch Kasachstan einschüchtern und weder mit Geld noch mit Drohungen beeinflussen lasse. Ohne ausdrückliche Namensnennung bezeichnet er einen Kandidaten bei der Wahl als bezahlten Lakaien des Auslands.
13.10.2017	Das Notstandsministerium lehnt die einige Stunden zuvor von der kasachstanischen Regierung beschlossene humanitäre Hilfe ab, da sie nicht benötigt werde.
14.10.2017	Mitarbeiter des Staatskomitees für nationale Sicherheit nehmen einen Bürger eines nicht namentlich genannten GUS-Staates, der länger in Syrien gewesen sein soll, unter dem Verdacht der Zugehörigkeit zu einer extremistischen Vereinigung fest.
15.10.2017	An den Grenzübergängen nach Kasachstan bestehen unverändert lange Schlangen, ein Mann soll nach stundenlangem Anstehen tot zusammengebrochen sein. Berichte mehrerer Medien, dass es den Versuch der gewaltsamen Stürmung eines Grenzübergangs gegeben habe, werden offiziell dementiert. Präsident Atambajew erinnert gegenüber Journalisten daran, dass Kirgistan das Recht habe, eine Sondersitzung der EEU wegen der kasachstanischen Blockade der Grenze zu verlangen.
15.10.2017	Im ganzen Land finden die Präsidentschaftswahlen statt. Politiker, Beobachter und Wähler beklagen diverse Verletzungen des Wahlrechts, die Wahl verläuft aber friedlich. Ca. zwei Stunden nach Schließung der Wahllokale steht der SDPK-Kandidat Dscheenbekow mit 54 % der Stimmen nach vorläufigem Ergebnis als Sieger fest.
16.10.2017	Der unterlegene Präsidentschaftskandidat Babanow erklärt vor der Presse, dass er weder plane das Land zu verlassen, noch Unruhen organisieren werde, sondern weiterhin politisch in der Opposition tätig sein werde.
16.10.2017	Die GUS-Wahlbeobachter geben ebenso wie die der SCO vor der Presse eine positive Einschätzung des Ablaufs der Präsidentschaftswahlen ab. Die Vertreter von OSZE/ODIHR und PACE betonen ebenfalls positive Entwicklungen, erwähnen aber auch Verletzungen des Wahlrechts etc.
16.10.2017	In Reaktion auf kritische Äußerungen eines US-amerikanischen Politikberaters über das Ergebnis der kirgisischen Präsidentschaftswahlen erklärt Präsident Atambajew vor den Vorsitzenden der internationalen Wahlbeobachtermissionen, dass in den USA auch keine Demokratie mehr existiere und das Ergebnis nicht kritisiert worden wäre, wenn ein pro-amerikanischer Kandidat gewonnen hätte.
16.10.2017	In Talas versammeln sich friedlich 300–500 Anhänger der unterlegenen Kandidaten Babanow und fordern die Annullierung der Wahlergebnisse.
17.10.2017	Nach Angaben des Staatskomitees für nationale Sicherheit haben die zehn nächtlichen Brände in einem Stadtbezirk von Bischkek keinen politischen Hintergrund. Tatverdächtig sei ein psychisch Kranker.
17.10.2017	Die Regierung ruft im Zusammenhang mit den verstärkten kasachstanischen Grenzkontrollen seit dem 10.10. das Sekretariat der World Trade Organization (WTO) an, da nach ihrer Ansicht eine Verletzung der Grundnormen der Organisation, deren Mitglied beide Staaten sind, vorliegt.

17.10.2018	Kirgistan hat nach Angaben des Chefs der nationalen Energieholding, Aibek Kalijew, eine Vereinbarung über den Export von Strom mit Usbekistan geschlossen. Zwischen Dezember 2017 und März 2018 liefert Kirgistan 550 Mio. kWh Strom für einen Preis von 2,4 US-Cent pro kWh an Usbekistan.
18.10.2017	Präsident Atambajew betont in einer Rede einerseits die Bedeutung guter Beziehungen zu Nachbarstaaten und äußert sein Bedauern über seine vielleicht zu emotionalen Bemerkungen über den kasachstanischen Präsidenten Nasarbajew, andererseits erklärt er, dass Kirgistan auch andere Nachbarn habe und seine Unabhängigkeit schützen müsse und sieht Nasarbajew unter Einfluss von jüngeren, nur an der Bewahrung ihrer Reichtümer interessierter Oligarchen.
18.10.2017	Premierminister Isakow trifft während seines ersten Kasachstanbesuches als Premier in Astana mit seinem kasachstanischen Amtskollegen Sagintajew zusammen. Nach längeren Gesprächen erreichen beide Seiten eine Lösung im aktuellen Grenzkonflikt.
19.10.2017	Ein wegen Mitgliedschaft in der islamistischen Hisb ut-Tahrir verurteilter Mann, der aus einer Strafkolonie entflohen war, wurde nach Angaben von Sicherheitskräften bei Verwandten im Gebiet Dschalalabad festgenommen.
19.10.2017	Der Drittplatzierte bei der Präsidentschaftswahl, der Führer der Partei Butun Kyrgyzstan, Adachan Madumarow, erklärt vor der Presse, dass er das Wahlergebnis nicht anerkenne. Er fordert alle Unzufriedenen auf, gemeinsam aufzutreten und schließt die Gründung einer organisierten Bewegung nicht aus.
19.10.2017	Erkin Asrandijew wird zum Vorsitzenden des Russisch-Kirgisischen Entwicklungsfonds ernannt.
20.10.2017	Nach Berichten mehrerer Medien entspannt sich die Situation an den Grenzübergängen zu Kasachstan allmählich.
20.10.2017	Im Gebiet Dschalalabad werden in vier Wahlbezirken die Ergebnisse der Präsidentschaftswahl wegen rechnerischer Unstimmigkeiten annulliert.
20.10.2017	Die Regierung legt dem Parlament ein Gesetzesprojekt zur Auflösung der Vereinbarung mit Kasachstan über eine finanzielle Unterstützung zur Anpassung an EEU-Bestimmungen in Höhe von 100 Mio. US-Dollar vor, weil Kirgistan diese Hilfe, die 2016 vereinbart worden war, nicht mehr benötige.

Tadschikistan

25.9.2017	Die Außenminister der fünf zentralasiatischen Staaten sprechen sich bei einem Treffen am Rande der UN-Vollversammlung in New York für eine Verstärkung der regionalen Zusammenarbeit aus.
25.9.2017	In Duschanbe wird ein neues Förderprogramm der EBRD zur Förderung weiblichen Unternehmertums vorgestellt. Mit 10 Mio. US-Dollar sollen Kredite zur Verfügung gestellt und Kurse zur Vermittlung unternehmerischen Knowhows finanziert werden.
26.9.2017	Die russische Fluggesellschaft Jamal verschiebt die Aufnahme des regulären Flugbetriebs zwischen Moskau-Zhukowskij und Duschanbe auf Oktober.
26.9.2017	Präsident Emomali Rachmon tauscht drei stellvertretende Vorsitzende des Staatskomitees für nationale Sicherheit sowie mehrere Führungspositionen auf unteren Ebenen aus.
27.9.2017	Innenminister Ramason Rahimsoda erörtert am Rande der 86. Sitzung der Generalversammlung von Interpol in Beijing mit dem stellvertretenden türkischen Innenminister Mehmet Ersoy Fragen der Zusammenarbeit bei Fahndung, Festnahme und Auslieferung international gesuchter Personen. Der chinesische Minister für öffentliche Sicherheit, Guo Shengkun, sagt Rahimsoda chinesische Unterstützung beim Schutz der Grenze zu Afghanistan zu.
28.9.2017	Der tadschikische Dienst von RFE/RL berichtet unter Berufung auf die Mutter des zu einer insgesamt 28jährigen Haftstrafe verurteilten ehemaligen Rechtsanwalts der Partei der Islamischen Wiedergeburt (PIWT), Busurgmechr Jorow, dass ihr Sohn bei ihrem ersten Besuch seit neun Monaten berichtet habe, dass er ständig und mit aktuell wachsender Brutalität geschlagen werde.
29.9.2017	Der Eurasische Fonds für Stabilisierung und Entwicklung fördert in Tadschikistan (und Kirgistan) mit je 5 Mio. US-Dollar die medizinische Prophylaxe der Bevölkerung in Hochgebirgs- und schwer zugänglichen Bezirken mit mobilen medizinischen Einheiten, sog. Karawanen der Gesundheit.
29.9.2017	Das Oberste Gericht verurteilt den Hauptangeklagten im Fall des Anschlags auf das Gebäude der Militärstaatsanwaltschaft und des Militärgerichts der Garnison Chatlon Angeklagten zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe. Bei dem Bombenattentat am 12.3.2017 war ein Wachmann eines benachbarten Lyzeums ums Leben gekommen.

2.10.2017	Der Wissenschaftler Hafis Bobojorow teilt per e-mail ohne Angabe konkreter Gründe mit, dass er sich in Deutschland befinde und derzeit keine Rückkehr nach Tadschikistan plane. Bobojorow hatte nachdem er 2015 öffentlich kritisiert hatte, dass Präsident Rachmon den Titel »Führer der Nation und Begründer der staatlichen Einheit Tadschikistans« zugesprochen wurde, seinen Arbeitsplatz bei der Akademie der Wissenschaften verloren.
3.10.2017	Ein Gericht in Chudschand (Gebiet Sogd) verurteilt einen Angeklagten wegen Mitgliedschaft in der verbotenen Islamischen Bewegung Usbekistans (IMU) zu einer Haftstrafe von 20 Jahren, zwei weitere zu zehn Jahren Freiheitsentzug.
3.10.2017	An der Grenze zu Afghanistan im Grenzbezirk Schurobad (Gebiet Chatlon) schlagen Grenzer afghanische Drogenschmuggler in die Flucht und beschlagnahmen ca. 100 kg Cannabis, Haschisch und Opium.
3.10.2017	Die Agentur für den Kampf gegen die Korruption teilt mit, dass am 28.9. der stellvertretende Chef der Abteilung für Investitionen und Entwicklung der Gebiete des Landes im Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung, Askar Nuralisoda, im Moment der Annahme von Bestechungsgeld in Höhe von 490.000 US-Dollar in einem Restaurant in Duschanbe verhaftet wurde. Er soll von einem Unternehmer als Gegenleistung für die Aufnahme der Geflügelproduktion in dessen Wohnbezirk im Gebiet Chatlon in das Staatliche Investitionsprogramm 2016–2020 insgesamt 1 Mio. US-Dollar und eine Wohnung gefordert haben.
4.10.2017	RFE/RL meldet unter Berufung auf den Leiter des Gefängnisses von Duschanbe, dass der inhaftierte Rechtsanwalt Jorow sich für 15 Tage wegen Regelverletzung in Einzelhaft befindet. Verwandte und Menschenrechtler gehen davon aus, dass es sich um eine Bestrafung dafür handelt, dass er seine Folter öffentlich gemacht hat.
5.10.2017	Anlässlich des Tages der tadschikischen Sprache üben hochrangige Vertreter des Staates scharfe Kritik an den tadschikischsprachigen staatlichen wie unabhängigen Massenmedien wegen der Vielzahl grammatikalischer Fehler in ihren Publikationen.
7.10.2017	Die usbekische Fluggesellschaft Uzbekiston chawo jullari gibt eine Senkung des Flugpreises für die Strecke Duschanbe–Taschkent um 200 Somoni (22,5 US-Dollar) bekannt. Ein One-Way-Ticket kostet jetzt 1.034 Somoni (116 US-Dollar).
9.10.2017	Präsident Rachmon empfängt in Duschanbe den Bruder des Emirs von Katar, Scheich Khalifa bin Hamad Al Thani, zu Gesprächen über verschiedenste Aspekte der bilateralen Zusammenarbeit.
11.10.2017	Präsident Rachmon nimmt im russischen Sotschi am regulären Gipfel der Oberhäupter der GUS-Staaten teil und erörtert am Rande der Veranstaltung u. a. mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin Stand und Perspektiven der Zusammenarbeit. Am Vorabend hatte Außenminister Sirodschidin Aslow an der Sitzung des Rates der Außenminister der GUS-Staaten teilgenommen.
11.10.2017	In Taschkent findet am Rande der tadschikischen Kulturtag erstmals seit der Unabhängigkeit beider Staaten eine Handels- und Industriemesse statt, an der 130 tadschikische Unternehmen teilnehmen. Es werden 19 Verträge mit einem Volumen von 27,1 Mio. US-Dollar unterzeichnet.
11.10.2017	Auf dem Flughafen von Athen wurde nach Angaben des usbekischen Dienstes von RFE/RL das Mitglied des politischen Rates der verbotenen PIWT Mirsorachim Kusow aufgrund eines internationalen Haftbefehls festgesetzt.
11.10.2017	Der Schochmansur-Basar, auch als grüner Basar von Duschanbe bekannt, wird nach ca. 70jähriger Tätigkeit geschlossen.
11.10.2017	Chusniddin Nidojew, stellvertretender Ombudsmann, berichtet gegenüber dem tadschikischen Dienst von RFE/RL, dass Busurgmechr Jorow bei einem ca. anderthalbstündigen Gespräch mit ihm keinerlei Klagen wegen seiner Behandlung vorgebracht habe und an seinem Körper auch keine Spuren von Folter zu entdecken gewesen seien.
12.10.2017	In Duschanbe findet die 9. Runde des jährlichen Menschenrechtsdialogs zwischen EU und Tadschikistan statt, an der auch der EU-Sonderbeauftragte für Zentralasien, Peter Burian, teilnimmt.
12.10.2017	Präsident Rachmon empfängt in Duschanbe die Verteidigungsminister der GUS-Staaten, die sich zu einer regulären Sitzung in der tadschikischen Hauptstadt versammelt haben.
12.10.2017	HRW fordert von Griechenland, den tags zuvor verhafteten PIWT-Funktionär Kusow nicht nach Tadschikistan abzuschleppen, weil ihm dort Folter drohe.
14.10.2017	Der Vorsitzende der oberen Kammer des Parlaments, Machmadsaid Ubaidullojew, nimmt im russischen Sankt Petersburg an der Sitzung des Rates der Parlamentarischen Versammlung der GUS-Staaten und der Plenarsitzung des Rates der Parlamentarischen Versammlung der CSTO teil.
14.10.2017	HRW kritisiert eine Stellungnahme einer EU-Delegation über die Menschenrechtslage in Tadschikistan vom Vortag als »sehr schwach«. Die Delegation hatte zwar das Fortbestehen von Versäumnissen konstatiert, aber auch einen erheblichen Fortschritt in einigen Bereichen gelobt.

16.10.2017	Bei der Eröffnung der 2. Sitzung des Forums für arabische wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Ländern Zentralasiens und Aserbaidschans in Duschanbe fordert Präsident Rachmon die Gäste auf, sich entwickelnde Staaten der muslimischen Welt stärker zu unterstützen und schlägt die Schaffung eines speziellen Fonds vor. Am Rande der Veranstaltung trifft Rachmon mit dem saudischen Staatsminister für äußere Angelegenheiten, Nizar Obaid Madani, und dem Handelsminister der VAE, Sultan ibn Said al-Mansuri, zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der ökonomischen Kooperation zusammen.
16.10.2017	Die usbekische Fluggesellschaft Uzbekiston chawo jullari gibt eine weitere Reduzierung des Flugpreises für die Strecke Taschkent–Duschanbe bekannt. Ein One-Way-Ticket kostet jetzt 910 Somoni (102 US-Dollar), hin und zurück 1.585 Somoni (178 US-Dollar).
17.10.2017	Durch einen Zeitschriftenartikel wird bekannt, dass in tadschikischen Behörden eine derzeit 370 Namen umfassende Liste von Personen mit bekanntermaßen homo- oder bisexueller Orientierung geführt wird.
17.10.2017	Der Mufti von Moskau und Zentralrussland, Albir Krganow, beklagt öffentlich die Radikalisierung von Arbeitsmigranten und hebt dabei besonders die Tadschiken hervor.
18.10.2017	RFE/RL meldet, dass Ende September in Chudschand (Gebiet Sogd) Abdumalik Salomow, ein bekannter Herzchirurg, unter dem Verdacht mit der verbotenen islamistischen Bewegung der Salafiten in Verbindung zu stehen, festgenommen wurde.
20.10.2017	In Sankt Petersburg wird von russischen Sicherheitskräften einer Zelle des IS ausgehoben, die von einem tadschikischen Staatsbürger angeführt worden sein soll.

Turkmenistan

25.9.2017	Nach Berichten von RFE/RL wurden Angehörige von in der Türkei mutmaßlich im Zusammenhang mit Terrorunterstützung verschwundenen turkmenischen Staatsbürgern von den turkmenischen Sicherheitsbehörden drangsaliert bzw. unter Druck gesetzt.
25.9.2017	Die Außenminister der fünf zentralasiatischen Staaten sprechen sich bei einem Treffen am Rande der UN-Vollversammlung in New York für eine Verstärkung der regionalen Zusammenarbeit aus.
26.9.2017	Außenminister Raschid Meredow und sein russischer Amtskollege Sergej Lawrow besprechen telefonisch die Vorbereitungen zum bevorstehenden Besuch des russische Präsidenten Wladimir Putin in Aschchabad sowie weitere Fragen der bilateralen Zusammenarbeit.
28.9.2017	Zum Abschluss der Asien-Spiele für Hallen- und Kampfsportarten in Aschchabad wird ein neues Buch von Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow über den turkmenischen Sport vorgestellt. Sein Sohn Serdar erhält den Titel ›Ehrentainer‹, ohne Nennung der Sportart. Zum Abschluss des Turniers belegt Turkmenistan im Medaillenspiegel den ersten Rang, gefolgt von China, Iran, Kasachstan, Usbekistan und Thailand.
29.9.2017	Vor den Filialen des staatlichen Mobilfunkanbieters Altyr Asyr bilden sich lange Schlangen, nachdem der zweite Provider in Turkmenistan, der russische Mobilfunkkonzern MTS, wegen ausgelaufener Lizenzen den Betrieb einstellen musste.
2.10.2017	Präsident Berdymuchammedow und sein russischer Amtskollege Putin unterzeichnen in Aschchabad ein Abkommen über die strategische Partnerschaft beider Staaten. Die eingefrorene Zusammenarbeit im Gasbereich ist laut mehreren Medien nicht Teil der Gespräche.
4.10.2017	Präsident Berdymuchammedow bespricht in einem Telefonat mit dem Emir von Katar, Tamim bin Hamad al-Thani, Fragen der bilateralen Zusammenarbeit.
5.10.2017	In Aschchabad finden weißrussisch-turkmenische Regierungskonsultationen zu (vertrags-)rechtlichen Fragen statt.
6.10.2017	Präsident Berdymuchammedow löst per Dekret das Ministerium zur Entwicklung der nationalen Ökonomie auf bzw. fusioniert es mit dem Ministerium für Finanzen, da es nach seinen Angaben seinen ursprünglich geplanten Zweck erfüllt habe.
6.10.2017	Der turkmenische Dienst von RFE/RL meldet, dass bereits vor anderthalb Monaten die sterblichen Überreste zweier hoher Kader aus der Regierungszeit von Ex-Präsident Saparmurat Nijasow ihren Angehörigen übergeben wurden. Über das Schicksal des Ex-Chefs des Staatskonzerns Turkmennefte, Saparmammed Welijew, und des früheren Ministers für nationale Sicherheit, Poran Berdyjew, war seit ihrer Verhaftung 2005 nichts mehr bekannt geworden.
7.10.2017	Nach Angaben von Fergananeews.com wurden 500 der 550 in diesem Jahr in Usbekistan hergestellten Baumwollpflückmaschinen nach Turkmenistan exportiert.

9.10.2017	In seiner Rede vor dem Ältestenrat kündigt Präsident Berdymuchammedow an, in den kommenden sieben Jahren 159 Mrd. Manat (ca. 44 Mrd. US-Dollar) in den Öl- und Gassektor des Landes investieren zu wollen. Daneben gibt er bekannt, dass der Ältestenrat in einen Volksrat umgewandelt wird, dem Bürger verschiedener Altersgruppen und sozialen Schichten angehören sollen. Zudem stellt der Präsident mit »Turkmenistan – Das Herz der Seidenstraße« sein zweites Buch binnen zwei Wochen vor.
11.10.2017	Präsident Berdymuchammedow trifft am Rande des EEU-Gipfels in Sotschi (zum zweiten Mal binnen zwei Wochen) mit seinem russischen Amtskollegen Putin zu Gesprächen zusammen.
12.10.2017	Per Dekret hebt Präsident Berdymuchammedow die Verbraucherpreise für Wasser, Gas und Strom massiv an. Die Wasserpreise steigen ab 1.11.2017 nach »Ausschöpfung« einer nach wie vor kostenlosen Menge von 7,5 m ³ pro Person auf 5 Manat (ca. 1,40 US-Dollar) je 10 m ³ . Bisher lag der Preis bei 0,2 Manat für 10 m ³ .
16.10.2017	Nachdem die Gebühren für Kindergärten um das Zehnfache erhöht wurden, nehmen zahlreiche Eltern ihre Kinder von den Erziehungseinrichtungen.
16.10.2017	Turkmenistan wurde neben Usbekistan und der Republik Vanuatu Mitglied der Inter-Parliamentary Union (IPU), teilt deren Vorsitzender Saber Chowdhury mit. Die IPU ist einer der ältesten internationalen Organisationen und hat das Ziel, Kontakte zwischen den Parlamentariern ihrer derzeit 176 Mitgliedsstaaten zu fördern.
18.10.2017	Der russische Telekommunikationskonzern MTS erklärt sich dazu bereit, nach dem Rückzug aus dem turkmenischen Markt wegen fehlender Lizenzen, die noch bestehenden Guthaben turkmenischer Kunden auszuzahlen.
18.10.2017	Das Rating Speedtest International, das Qualität und Kosten für Internetdienstleistungen in 131 Staaten misst, platziert Turkmenistan unter den fünf Staaten mit dem teuersten und langsamsten Internet für Privatverbraucher.
18.10.2017	Präsident Berdymuchammedow empfängt den stellvertretenden russischen Außenminister Grigorij Karasin zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit.

Usbekistan

23.9.2017	Premierminister Abdulla Aripow kündigt an, dass ab 1.10.2017 Privatpersonen in bar mit Valuta bezahlen dürfen.
24.9.2017	Premier Aripow und der Präsident der russischen Lukoil, Wagit Alekperow, nehmen gemeinsam an der feierlichen Inbetriebnahme von Produktionsanlagen im Projekt Jugo-Sapadnyj Hissar (Gebiet Kaschkadarja) teil. Es wird erwartet, dass in Hissar 5 Mrd. m ³ Gas jährlich gefördert werden.
25.9.2017	Die Außenminister der fünf zentralasiatischen Staaten sprechen sich bei einem Treffen am Rande der UN-Vollversammlung in New York für eine Verstärkung der regionalen Zusammenarbeit aus.
25.9.2017	Präsident Schawkat Mirsijojew empfängt den Präsidenten der Autonomen Republik Tatarstan der RF, Rustam Minnichanow, zu Gesprächen über den Stand der Zusammenarbeit.
25.9.2017	Präsident Mirsijojew erörtert in Taschkent mit dem russischen Landwirtschaftsminister Aleksandr Tkatschew Fragen der Nahrungsmittelsicherheit und von Verbesserungen in der Logistik des Exports landwirtschaftlicher Produkte.
26.9.2017	Senatssprecher Nigmatulla Juldaschew empfängt eine Delegation des Senats Kasachstans unter Führung ihres Vorsitzenden, Kasym-Schormat Tokajew, zu einem Meinungsaustausch über die Beziehungen zwischen beiden Parlamenten und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten.
27.9.2017	Eljor Ganijew, Minister für Außenhandel, empfängt den kirgisischen Wirtschaftsminister Artjom Nowikow in Taschkent zu Gesprächen über die Implementierung der jüngsten Wirtschaftsverträge.
27.9.2017	Der seit zwei Jahren in der Türkei lebende Schriftsteller Nurullo Otachanow (Nurullo Muchammad Raufchon) wird bei seiner Einreise nach Usbekistan in Taschkent verhaftet, weil sich laut Sicherheitskräften in seinem Gepäck in Usbekistan verbotene Materialien befanden. Raufchon ist der erste im Exil lebende usbekische Intellektuelle, der in Reaktion auf Präsident Mirsijojews Einladung an aus politischen Gründen im Ausland lebende Usbeken zur Rückkehr einige Tage zuvor, seine Heimat besucht. Er hatte 2016 in der Türkei ein kritisches Buch über die Politik Islam Karimows publiziert.
27.9.2017	Im Bezirk Pap (Gebiet Namangan) stirbt 92jährig Achmadschon Adylow, eine der Schlüsselfiguren der sog. Baumwollaffäre der 1980er Jahre.
27.9.2017	Der Sputnik berichtet unter Berufung auf Außenhandelsminister Ganijew, dass Usbekistan und die USA einen Uranliefervertrag mit einer Laufzeit von sieben Jahren und einem Umfang von 300 Mio. US-Dollar geschlossen haben.
27.9.2017	Die Nationalbank meldet, dass die US-Eximbank nach 13jähriger Unterbrechung die Zusammenarbeit mit Usbekistan wiederaufnimmt.

28.9.2017	Eine Delegation der EBRD unter Führung ihrer Direktorin für Zentralasien und Russland, Natalja Chand-schenkowa, führt Gespräche im Senat, dem Außen-, Finanz- und Wirtschaftsministerium sowie der usbekischen Industrie- und Handelskammer.
28.9.2017	Die Asian Development Bank (ADB) senkt wegen der Devaluierung des Sum und der Liberalisierung der Geld-politik ihre BIP-Prognose für Usbekistan 2017 um 0,2% auf 6,8%.
29.9.2017	Kirill, Patriarch von Moskau, wird in Taschkent während seines ersten Usbekistanbesuches von Präsident Mir-sijojew zu Gesprächen über eine Verstärkung des interkonfessionellen Dialogs und den globalen Extremismus empfangen. Der Patriarch reist anschließend auch nach Samarkand und Buchara.
29.9.2017	Erst jetzt wird bekannt, dass der zwischenzeitlich als vermisst geltende Journalist und Sportkommentator Bobo-murod Abdullajew bereits am 27.9. unter Diebstahlverdacht verhaftet wurde. Bei einer Haussuchung wurden Manuskripte, Bücher und elektronische Speichermedien beschlagnahmt.
30.9.2017	Mit Unterzeichnung eines entsprechenden Erlasses durch Präsident Mirsijojew wird ein Ministerium für Vor-schulbildung neu gebildet.
3.10.2017	Außenminister Abdulasis Kamilow empfängt das Mitglied des britischen Oberhauses, Lord Iltaf Sheikh, zu Gesprächen über das bilaterale Verhältnis.
3.10.2017	In Taschkent findet ein usbekisch-russisches Business Forum statt, an dem u. a. auch der russische Minister für Industrie und Handel, Denis Manturow, teilnimmt.
3.10.2017	Der im Exil lebende Führer der oppositionellen Volksbewegung Usbekistans, Muhammad Solih, teilt in einer öffentlichen Erklärung mit, dass der am 27.9. verhaftete Journalist Abdullajew seit 2003 unter dem Pseudonym »Politikwissenschaftler Usman Haknazarov« im Internet immer wieder Korruption und Machtmissbrauch der Elite anklagt habe. Ihm wird nun die Planung eines Umsturzversuches zur Last gelegt.
3.10.2017	Der Grenzübergang nach Kirgistan Wodil (Gebiet Fergana) nimmt die Arbeit mit erleichterten bürokratischen Bedingungen für den Übertritt auf.
3.10.2017	Auf dem Truppenübungsgelände Forisch (Gebiet Dschisak) beginnt ein mehrtägiges gemeinsames Manöver russischer und usbekischer Truppen.
3.10.2017	Der bekannte Menschenrechtler Asam Farmonow wird unerwartet zweieinhalb Jahre vor Ablauf seiner 2015 verlängerten Haftstrafe freigelassen. Insgesamt war er aufgrund eines von Beobachtern als konstruiert bezeichneten Urteils wegen Erpressung 11,5 Jahre in Haft.
4.10.2017	Menschenrechtler berichten, dass sie trotz aller gegenteiligen Bekundungen der Regierung an mehreren Orten Zwangsarbeit bei der Baumwollernte beobachtet haben. Im Bezirk Buka (Gebiet Taschkent) werden die Vor-sitzende der Menschenrechtsallianz Usbekistan (PAU), Jelena Uralajewa, der Fotograf Timur Karpow und die Mitarbeiterin des deutschen Magazins Stern, Bettina Sengling, auf einem Baumwollfeld verhaftet. Sengling wird kurze Zeit später wieder freigelassen. Gleichzeitig wird bekannt, dass 500 der 550 im Jahr 2017 in Usbe-kistan produzierten Baumwollerntemaschinen nach Turkmenistan exportiert wurden.
4.10.2017	Der Senat beschließt die Bildung einer Parlamentskommission zu Fragen der Sicherstellung der garantierten Arbeitsrechte der Bürger.
5.10.2017	Präsident Mirsijojew empfängt seinen kirgisischen Amtskollegen Almasbek Atambajew zu Gesprächen über Stand und Perspektiven des bilateralen Verhältnisses. Die beiden Staatsoberhäupter unterzeichnen eine Dekla-ration über strategische Partnerschaft, Freundschaft und gute Nachbarschaft und Vertrauen sowie ein ganzes Paket von Dokumenten über Zusammenarbeit in den Bereichen Sicherheit, Verteidigung, Kampf gegen Wirt-schaftsverbrechen u. a.. Beide Seiten versichern ihre Bereitschaft, die Zusammenarbeit im Bereich Wasser und Energie zu entwickeln. Während eines zeitgleich stattfindenden Businessforums Usbekistan-Kirgistan werden 17 Vereinbarungen mit einer Gesamtsumme von mehr als 200 Mio. US-Dollar unterzeichnet.
6.10.2017	Beim Zusammenstoß eines Autobusses mit einem Zug in Pokrow (Gebiet Wladimir der RF) kommen 17 usbe-kische Arbeitsmigranten ums Leben, mehrere weitere werden zum Teil schwer verletzt.
7.10.2017	Der bekannte Oppositionelle und Menschenrechtler Asam Turgunow wird einige Monate vor Ablauf seiner zehnjährigen Freiheitsstrafe wegen Erpressung, die internationale Beobachter für politisch motiviert hielten, freigelassen.
7.10.2017	Die Fluggesellschaft Uzbekiston chawo jullari gibt eine Senkung des Flugpreises für die Strecke Duschanbe–Taschkent um umgerechnet 22,5 US-Dollar bekannt. Ein One-Way-Ticket kostet jetzt 116 US-Dollar.
8.10.2017	Bei einem Feuer in einem der größten Baumärkte Moskaus Sindik kommen sechs usbekische Mitarbeiter ums Leben.

9.10.2017	Fergananeews.com berichtet unter Berufung auf Mitarbeiter Taschkenter Banken, dass entgegen der Anordnung des Premierministers aus Angst vor dem Absturz des Sum-Kurses bislang in den Finanzinstituten keine Sum in Valuta getauscht werden.
9.10.2017	Präsident Mirsijojew unterzeichnet einen Erlass, mit dem die Produktivität der privaten Farmen gesteigert werden soll und bis 2022 eine Umstellung nicht nur auf Produktion, sondern auch Verarbeitung von landwirtschaftlichen Produkten vorgesehen ist. Bei der Ernte 2018 nicht effektiv genutztes Land soll den bisherigen Nutzern weggenommen werden.
11.10.2017	Am Rande der Sitzung der GUS-Staatsoberhäupter in Sotschi trifft Präsident Mirsijojew mit seinen russischen und belarussischen Amtskollegen Putin und Aleksandr Lukaschenko zu Gesprächen über Fragen des bilateralen Verhältnisses zusammen.
11.10.2017	Am Rande der Tage der Kultur Tadschikistans in Taschkent findet erstmals auch ein usbekisch-tadschikisches Business-Forum statt, an dem 130 tadschikische Unternehmen teilnehmen. Es werden 19 Verträge mit einem Volumen von 27,1 Mio. US-Dollar geschlossen.
11.10.2017	Nach Angaben der Association for Human Rights in Central Asia (AHRCA) hat Murad Dschurajew zwei Jahre nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis am 7.10. die Erlaubnis zur Ausreise nach Deutschland zur medizinischen Behandlung erhalten. Dschurajew war Anfang der 90er Jahre Parlamentsabgeordneter und dann gemeinsam mit dem Führer der oppositionellen Erk Partei, Mohammad Salih, wegen der Organisation eines gewaltsamen Umsturzes verurteilt worden. Mit mehreren Verlängerungen hatte er 21 Jahre in Haft verbracht und war 2015 entlassen worden.
12.10.2017	Der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu erklärt bei einem Treffen mit seinem usbekischen Amtskollegen Abdusalom Asisow am Rande eines Treffens der GUS-Verteidigungsminister in Duschanbe, dass beide Staaten echte strategische Partner mit einer militärischen Kooperation auf hohem Niveau seien.
12.10.2017	Der Sonderberichterstatter für Religions- und Glaubensfreiheit beim UN-Menschenrechtsrat, Ahmed Shaheed, erklärt am Ende seines zehntägigen Usbekistanbesuchs, währenddessen er mit Vertretern der Regierung, der Zivilgesellschaft und der Religionen in Taschkent, Fergana, Buchara und Nukus zusammengekommen war und u. a. auch das berüchtigte Gefängnis Dschaslyk besucht hatte, dass in Usbekistan heute Vertreter aller Konfessionen in ihrer Glaubensausübung eingeschränkt seien. Shaheed beklagt auch andere Menschenrechtsverletzungen, äußert aber die Hoffnung, dass Mirsijojews Reformbemühungen Änderungen bringen werden.
13.10.2017	Der PEN-Club fordert auf seiner Website die Freilassung von Bobomurod Abdullajew.
16.10.2017	Präsident Mirsijojew empfängt den Präsidenten der Republik Tschetschenien, Ramsan Kadyrow, zu Gesprächen über die Intensivierung der bilateralen Zusammenarbeit. Kadyrow besucht auch Samarkand und Buchara und berichtet fortlaufend per Instagram von seinen Eindrücken.
16.10.2017	Usbekistan wurde neben Turkmenistan und der Republik Vanuatu Mitglied der Inter-Parliamentary Union (IPU), teilt deren Vorsitzender Saber Chowdhury mit. Die IPU ist einer der ältesten internationalen Organisationen und hat das Ziel, Kontakte zwischen den Parlamentariern ihrer derzeit 176 Mitgliedsstaaten zu fördern.
16.10.2017	Der bekannte Menschenrechtsanwalt Ganichon Mamatchonow wurde aus der Haft entlassen, melden mehrere Menschenrechtsorganisationen. Der 65jährige war 2009 mit einem nach Einschätzung von Beobachtern politisch motivierten Urteil wegen Betrugs und Bestechung zu einer fünfjährigen Haftstrafe verurteilt worden, die zwei Mal wegen Verletzung der Gefängnisregeln verlängert worden war.
16.10.2017	Der 76jährige Exilant Nadschmiddin Umarow, der seine Heimat im Mai 2005 unmittelbar nach den Ereignissen von Andischan verlassen und in den letzten Jahren in den USA gelebt hatte, wurde bei seiner Heimkehr mehrere Stunden oder sogar Tage verhört, befindet sich nach Angaben seiner Angehörigen jetzt aber in Freiheit.
16.10.2017	Die Fluggesellschaft Uzbekiston chawo jullari gibt eine weitere Reduzierung des Flugpreises für die Strecke Taschkent–Duschanbe bekannt. Ein One-Way-Ticket kostet jetzt umgerechnet 102 US-Dollar, hin und zurück 178 US-Dollar.
17.10.2017	Eine usbekische Delegation unter Führung des stellvertretenden Premier Jamschid Kutscharow und dem Vorsitzenden der Zentralbank, Mamariso Nurmuratow, trifft am Rande der Herbstsitzungen von IWF und Weltbank in Washington mit dem Vize-Präsidenten der Weltbank für Europa und Zentralasien, Cyril Muller, zusammen. Zwischen Usbekistan und der European Investment Bank (EIB) wird eine Rahmenvereinbarung über die Tätigkeit des Finanzinstituts in Usbekistan unterzeichnet und es finden Gespräche mit Delegationen anderer Staaten statt.

17.10.2017	In einem neuen Bericht des Uzbek-German Forum for Human Rights wird Zwangsarbeit von Kindern und Erwachsenen auf Baumwollfeldern im Süden von Karakalpakstan im Rahmen eines von der Weltbank finanzierten Projektes angeklagt.
17.10.2017	Die 2015 auf Initiative von Ex-Präsident Karimow gebildete Uzpachtasanoatexport, Staatsmonopolist für Bearbeitung und Export von Baumwolle, wird mit Unterschrift Präsident Mirsijojew unter einen entsprechenden Erlass aufgelöst.
18.10.2017	Der Vorstand der EBRD bewilligt die ersten beiden Projekte der Bank nach ihrer Rückkehr nach Usbekistan. KMU und Außenhandelsaktivitäten sollen mit einem 100 Mio. US-Dollar Kredit gefördert werden.
18.10.2017	Außenminister Kamilow beendet seinen dreitägigen Teheranbesuch, währenddessen er mit dem iranischen Präsidenten Hassan Rohani, Vize-Präsident Suren Sattari, Außenminister Javad Zarif und Erdölminister Bijan Zanganeh zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit wie auch über Fragen der regionalen und internationalen Politik zusammengetroffen war. Bei einem usbekisch-iranischen Business-Forum in Tehran am 18.10. werden Verträge über die Lieferung landwirtschaftlicher Produkte und Textilien mit einem Volumen von 25,5 Mio. US-Dollar unterzeichnet.
18.10.2017	Der Menschenrechtler Muchammadali Karabajew wird nach elfjähriger Haft freigelassen. Der ehemalige Führer der oppositionellen Partei Birlik in Namangan war 2006 verhaftet und zu einer fünfjährigjährigen Freiheitsstrafe verurteilt worden, die zwei Mal verlängert wurde.
19.10.2017	Die Forderung nach Freilassung von Bobomurod Abdullajew auf einer von der OSZE organisierten Konferenz mit über hundert Teilnehmern aus allen zentralasiatischen Staaten zur Freiheit der Medien in Taschkent bleibt ohne Antwort von usbekischer Seite.
19.10.2017	Nach einem Bericht der Schweizer Zeitschrift Le Temps haben in der Eidgenossenschaft Gespräche zwischen der Staatsanwaltschaft, dem Justiz- und dem Außenministerium über die Verteilung der eingefrorenen ca. 800 Mio. Franken (ca.784 Mio. US-Dollar) begonnen, die die Tochter des ehemaligen Präsidenten, Gulnara Karimowa, aus Bestechungszahlungen von in Usbekistan tätigen Telekommunikationsgesellschaften erhalten hatte. Neben dem Staat Usbekistan erheben auch mehrere andere Länder Anspruch auf das Geld.
20.10.2017	In Taschkent findet das fünfte Treffen der Justizminister der SCO-Staaten statt, bei dem über Stand und Perspektiven der juristischen Zusammenarbeit geredet wird.
20.10.2017	Agrepina Schin wird zur Chefin des Ende September 2017 neu gebildeten Ministeriums für Vorschulbildung ernannt.
20.10.2017	Ein Moskauer Gericht bestätigt das Urteil der Vorinstanz im Falle des Journalisten Ali Feruz (Chudoberdi Nurmatow), dass ihm kein Status als zeitweiser politischer Flüchtling in der RF zusteht. Feruz hat die usbekische Staatsbürgerschaft, ist aber in der RF groß geworden und seine Verwandten sind russische Staatsbürger. In Usbekistan soll ihm nach Aussagen seiner Anwälte Verfolgung nicht nur wegen seiner journalistischen Tätigkeit, sondern auch wegen seines Engagements im LGBT-Bereich drohen.
20.10.2017	In Taschkent demonstrieren laut Bericht des usbekischen Dienstes von RFE/RL einige Dutzend vorwiegend weibliche Angehörige von wegen religiöser Vergehen Verurteilten in der Nähe der EU-Vertretung gegen die Folterung ihrer Verwandten.

Sie können die gesamte Chronik seit 2008 auch auf <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber: Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortliche Redakteurin: Dr. Beate Eschment

Redaktionsassistent: Dr. Henryk Aliff

Satz: Matthias Neumann

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Alle Ausgaben der Zentralasien-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1866-2110 © 2017 by Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH • Mohrenstraße 60 • 10117 Berlin • Telefon: +49 (30) 2005949-20

e-mail: beate.eschment@zois-berlin.de • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/zentralasien



Kostenlose Länder-Analysen auf www.laender-analysen.de

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen zur post-sowjetischen Region werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die Polen-Analysen werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut, der Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.



Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies>